

- Die Preisträger des Ideenwettbewerbs und der Gewinner des Sonderpreises: Seite 22-32
- Erfurter Leitsätze – Aufbruch '99: Grüner Teil

■ ■ ■ 25. - 27. April 1999



**Wolfgang Schäuble:
Bei der Europawahl
wollen wir die
stärkste politische
Kraft werden**

12. Parteitag der CDU in Erfurt

**Angela Merkel:
Das Signal aus
Erfurt: Wir sind
auf dem Weg
zurück in die Verantwortung**



Wolfgang Schäuble:

Bei der Europawahl wollen wir die stärkste politische Kraft werden

Fünfeinhalb Monate erst sind seit unserem Parteitag am 27. November in Bonn vergangen und knapp sieben Monate seit der Bundestagswahl am 27. September. – Was ist in dieser kurzen Zeitspanne nicht alles passiert? In wenigen Wochen haben CDU und CSU vier-einhalb Millionen Unterschriften gesammelt gegen das rot-grüne Vorhaben der regelmäßigen doppelten Staatsbürgerschaft, und wir haben die Regierung zur Aufgabe dieses die Bevölkerung spaltenden Vorhabens gezwungen.

Die Regierung Schröder hat schon in ihren ersten 100 Tage soviel Murks gebaut, daß es – wie man bei uns zu Hause sagt – auf keine Kuhhaut geht. Lafontaine ist aus der Politik geflohen, und die Hinterlassenschaft seiner nicht einmal fünfmonatigen Amtszeit kommt uns teuer zu stehen. Die Aussichten für Konjunktur und Arbeitsmarkt werden von Monat zu Monat schlechter, die Investitionen gehen zurück.

Roland Koch ist nach einem grandiosen Wahlsieg der Union hessischer Ministerpräsident.

*(Anhaltender starker Beifall
sowie Hochrufe)*

Eine solche Szene haben wir auf dem Bonner Parteitag auch schon einmal gehabt. Da haben sicher nicht alle, die dort geklatscht haben, fest daran geglaubt, daß es Wirklichkeit wird, und jetzt freuen wir uns um so mehr. Bundesweit liegt die Union in den Umfragen übrigens wieder auf Platz eins. Der Bundestag – auch das gehört in diese fünfeinhalb Monate – hat seine Arbeit in Berlin aufgenommen, und Herr Thierse er-

laubt inzwischen sogar, wenn auch zähneknirschend, daß das Gebäude noch immer „Reichstag“ genannt werden darf – jedenfalls ohne polizeiliche Folgen.

Ich bin immer noch bei den fünfeinhalb Monaten. Nicht einmal bei Rot-Grün gibt es noch jemanden, der erklären kann, warum Dagmar Schipanski nicht die zukunfts-fähigere Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten sein soll.

Ich habe am Samstag bei einem Familientreffen darauf aufmerksam gemacht.

Einem Vetter von mir – er ist Mitglied einer anderen großen Partei in Deutschland – ha-

Bericht des Partei- und Fraktionsvorsitzenden

be ich gesagt: Man kann nirgends ein rationales Argument für den Gegenkandidaten finden. Darauf hat der Vetter gesagt: Doch, im „Vorwärts“ – aber sonst nirgends.

Die Kommission der Europäischen Union ist zurückgetreten, obwohl Herr Schröder noch im Januar das Europäische Parlament daran hindern wollte, Mißstände in der Brüsseler Verwaltung aufzudecken und abzustellen. Romano Prodi, Mitglied der Familie der Europäischen Volkspartei, ist als neuer Kommissionspräsident benannt – und der Berliner EU-Gipfel hat nach großen Ankündigungen zur Agenda 2000 kaum ein Mäuschen geboren. – Alles in diesen wenigen Monaten.

**Liebe Freunde! Nimmt man SPD,
CDU und CSU, dann bin ich
unter den Vorsitzenden dieser**



000395717



drei großen Parteien schon der mit der längsten Amtszeit.

Da wird jetzt Hildegard Müller von der Jungen Union sagen: Auf, ihr jungen Wilden! – Wir leben in einer schnelllebigen Zeit. Aber die eigentliche Zäsur trägt den Namen Kosovo. Seit fast fünf Wochen ist die NATO unter Beteiligung der Bundeswehr im militärischen Einsatz, um dem verbrecherischen Treiben von Milosevic Einhalt zu gebieten. Es ist der erste Kampfeinsatz für deutsche Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg.

Veränderungen ohnegleichen – in einer Geschwindigkeit, daß manchem fast schwindlig wird. Nichts scheint für die Zukunft selbstverständlich und gesichert. Und wenn Helmut Kohl, der erst heute abend zu unserem Parteitag kommen kann und dem wir herzlich gratulieren zu den hohen und verdienten Ehrungen – Freiheitsmedaille und Staatsmann des Jahrzehnts –, wenn dieser unser Helmut Kohl, liebe Freunde, früher von manchen belächelt wurde für seinen mahnenden Satz, das Gelingen der Einigung Europas sei die Frage von Krieg und Frieden im nächsten Jahrhundert, dann ist dem letzten das Lachen inzwischen vergangen.

Das ist kein Grund, mutlos zu werden. Aber es zeigt, daß mehr Ernsthaftigkeit gefragt ist und mehr Substanz auch, als Schröder und die seinen bei ihrem Fehlstart begriffen hatten.

Gerade in Zeiten großer und schneller Veränderungen brauchen wir Fundament und Kompaß, müssen

wir sicher sein, woher wir kommen, wer wir sind und wie wir leben wollen, brauchen wir Werte und Überzeugungen, denen wir treu verpflichtet bleiben – weil ohne klaren Kopf und Richtung ziellose Geschäftigkeit doch nur zur Bewegung auf der Stelle, also zum Stillstand wird, und Stillstand ist Rückschritt.

Vor einer Woche ist der Bundestag zum ersten Mal im neuen Reichstag zusammengetreten. Fast zehn Jahre nach dem Fall der Mauer und allen Schwierigkeiten

zum Trotz bleibt die Wiedererlangung von Einheit in Frieden und Freiheit großer Erfolg und Verpflichtung zugleich, Erbe und Auftrag. Wir haben viel erreicht, auch wenn alles immer unvollendet bleibt. Wir wachsen zusammen, indem wir unsere Geschichte als gemeinsame akzeptieren, indem wir voneinander lernen und die Zukunft als Chance und gemeinsame Aufgabe begreifen. Die Einheit der Nation und nationale Identität, das ist auch in Zeiten europäischer Einigung nicht altmodisch, sondern Grundlage für Zukunft und Toleranz.

Hier in Erfurt, in Thüringen, mitten in Deutschland, wo Martin Luther auf der Wartburg und Goethe in Weimar, der europäischen Kulturhauptstadt dieses Jahres, wirkten, da empfinden wir das ganz besonders.

Die Union ist die Partei der deutschen Einheit, und unser Land braucht die Union. Auch nach der Wahlniederlage im September und dem Regierungswechsel hatten wir weder Recht noch Grund zur Resignation. Wir haben das Koordinatensystem unserer politischen Grundüberzeugungen nicht verschoben und dennoch die Botschaft der Wähler mit ihrem Wunsch nach Erneuerung verstanden.

Wir führen den Dialog mit allen Gruppen der Bevölkerung. Wir suchen nach Antworten auf neue Fragen und Probleme. Wir stellen uns den realen Veränderungen in der Welt um uns herum wie in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit, und wir tun das auf festem Fundament. Wir stehen mitten im Leben, und bei uns haben Werte Zukunft. Wir sind die einzige große politische Kraft, die NATO und Bundeswehr geschlossen unterstützt, nicht leichtfertig und bedenkenlos, sondern verantwortungsbewußt, jede Eskalationsautomatik ausschließend, eben ernsthaft.

Liebe Freunde, man mag sich kaum vorstellen, welchen Schlingerkurs diese Bundesrepublik Deutschland fahren würde, wenn nicht die Union das große stabilisierende Element wäre, und man mag sich schon gar nicht vorstellen, wie sich Rot-Grün verhalten würde, wenn wir in den Tagen des Kosovo an der Regierung und sie in der Opposition wären.

Wir sind und wir bleiben die Partei der europäischen Einheit und der Westintegration. Wir haben Kurs gehalten – von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, von der Einbindung zunächst des damals freien Teils Deutschlands in das westliche Bündnis über den NATO-Doppelbeschluß bis zur Einheit Deutschlands und zu dem Verbleib des ganzen Deutschlands in der Atlantischen Allianz und der Öffnung der NATO für unsere Nachbarn im Osten und zur Zusammenarbeit mit Rußland.

Vor ein paar Tagen haben wir in Berlin an den 50. Gründungstag der NATO erinnert – mit Reden des Generalinspektors der Bundeswehr und der Botschafter von Amerika und von Polen. Dort war auch der Botschafter von Mazedonien anwesend. So wie die Polen 1990 wollten, daß Deutschland nicht aus der NATO ausscherte – was viele Linke bei uns im besten Fall nicht verstanden haben –, so haben die Mazedonier heute keinen dringenderen Wunsch, als möglichst schnell in die NATO zu kommen. Nur das Bündnis der freiheitlichen Demokratien Europas und Nordamerikas kann Frieden, Freiheit und Menschenrechte sichern; dies ist, wie wir in diesen Tagen sehen, schwer genug.

Die Entscheidung für die NATO-Aktionen und die deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen fällt uns nicht leicht. Sie ist der erste Ernstfall für das erwachsen gewordene Deutschland. Die Zeiten, als wir uns aus guten Gründen zurückgehalten haben, ohne dadurch die Solidarität mit un-



seren Partnern zu verlassen, waren vielleicht bequemer. Erwachsensein ist aber nicht immer bequem, und es bedeutet Verantwortung.

Es war die Union, es war die Regierung Helmut Kohl, die behutsam, aber entschieden diese Verantwortung angenommen und Deutschland zu einem gleichberechtigten und gleichverpflichteten Partner im westlichen Bündnis gemacht hat. Die Loyalität zu diesem Bündnis – das hat Helmut Kohl immer wieder klar gesagt – ist Bestandteil unserer Staatsräson. Das muß so sein und bleiben, denn ohne dieses Bündnis sähe die Welt, sähe Europa und sähe auch diese Bundesrepublik Deutschland anders aus.

Aber auch das gilt: Loyalität, Verlässlichkeit heißt nicht blinde Gefolgschaft, sondern heißt Partnerschaft. Dies erlaubt nicht nur, sondern erfordert sogar den eigenen Standpunkt. Gelegentlich habe ich in diesen Tagen angesichts mancher öffentlicher Äußerungen das Gefühl, auch daran erinnern zu müssen. Vielleicht liegt

es auch daran, weil andere, die so lange auf der falschen Seite gestanden haben, jetzt die Sorge haben, nur nicht als unsichere Kantonalisten erkannt zu werden. Vielleicht haben wir es leichter. Wir waren immer verlässlich. Gerade deswegen sagen wir auch jetzt ein offenes Wort in unserer Verantwortung.

Vertreibung, ethnische Säuberung und Völkermord dürfen nicht geduldet werden, schon gar nicht mitten in Europa. Deshalb gibt es keine Alternative zum Eingreifen der NATO. Die Völkergemeinschaft hat eher zu lange als zu kurz versucht, mit immer neuen Verhandlungen, Fristsetzungen, Angeboten die serbische Führung von Mord und Vertreibung abzuhalten. Aus Langmut kann auch, darf aber nicht Wankelmut werden. Es darf aber ebenso wenig eine unkontrollierbare Eskalationsautomatik geben.

Wir werden sorgsam darauf achten, daß für den Einsatz unserer deutschen Soldaten keine Grauzonen entstehen. Es muß in jedem Stadium der

Entwicklung glasklar sein, wofür sie eingesetzt werden. Eine schleichende Ausweitung ihres Auftrags darf es nicht geben. Sie würde auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

Es ist übrigens oft auch gefährlich, sich in Rage zu reden und dabei falsche Vergleiche anzustellen. Hier jedoch gilt das ganz besonders. Wer sich in der berechtigten Empörung über die entsetzlichen Verbrechen, die Milosevic zu verantworten hat, in Rhetorik und Emotionen nicht dennoch zu mäßigen versucht, wird schwerlich den kühlen Kopf behalten können, der aber notwendig ist, um eine unbeherrschbare Eskalation zu vermeiden und unter allen Umständen auszuschließen. Militärische Entschlossenheit und Geschlossenheit sind nur das eine. Das unablässige politische Bemühen um ein Ende des Konflikts ist das andere. Beides gehört untrennbar zusammen.

Das versucht der Bundesvorstand in dem Initiativantrag 1, den wir Ihnen heute unter der Überschrift „Frieden für den Kosovo“ vorlegen, auszudrücken. Es geht um die richtige Balance für beide Seiten. Ich bitte Sie, diesen Antrag intensiv zu diskutieren und eine klare, abgewogene und unserer Verantwortung entsprechende Entscheidung dieses Parteitagés herbeizuführen.

Vielleicht wurde die Hartnäckigkeit von Milosevic, sein eigenes Volk brutal zur Geisel zu nehmen, unterschätzt. Aber wenn die Völkergemeinschaft geschlossen und entschlossen bleibt, dann arbeitet die Zeit nicht mehr für ihn. Mehr und mehr wird er militärisch geschwächt und international isoliert. Deshalb muß die Politik Rußland und die Vereinten Nationen einbinden. Je mehr die serbische Führung begreift, daß sie militärisch und wirtschaftlich immer mehr verliert, daß sie in Wahrheit Krieg gegen das eigene Volk führt – nicht nur gegen die Kosovo-Albaner, son-



dern im Ergebnis auch gegen die Serben selbst –, und je mehr die serbische Führung begreift, daß sie politisch immer mehr allein steht, um so näher wird das Ende des Mordens rücken.

Natürlich müssen wir in dieser Zeit von Flucht und Vertreibung alle Anstrengungen unternehmen, um den Menschen das Überleben zu sichern. Deswegen ist es, wie ich finde, wirklich ein großartiges Zeichen – Bernhard Vogel hat das schon gesagt –, in welchem Maße unser Volk in diesen Tagen und Wochen zur Hilfe für die Flüchtlinge und Vertriebenen bereit ist.

Es ist ein großartiger Beweis, daß vieles, was manchmal so kritisch über die Kälte in unserer Gesellschaft gesagt wird, dann, wenn die Menschen spüren, daß ihre Hilfe wirklich gebraucht wird, durch das

Engagement der Menschen, auf das wir stolz sind und für das wir danken, widerlegt wird.

Deswegen freuen wir uns auch, daß Rupert Neudeck heute mittag auf diesen Parteitag kommen und zu uns sprechen wird. Es wird nicht nur fröhlich sein, was er aus dem Kosovo und der Umgebung zu berichten hat, aber ich glaube, es ist gut und notwendig.

Die Rückkehr der Vertriebenen in ein gesichertes Kosovo ist das Ziel aller Bemühungen und Operationen. Ich füge aber gleich hinzu: Wenn dieses Ziel erreicht ist, dann wird Europa noch mehr gefordert sein: beim wirtschaftlichen Aufbau des Kosovo ebenso wie bei der Schaffung einer dauerhaft stabilen Ordnung für den Balkan. So zeigen die schrecklichen Ereignisse im Kosovo auch, wie ungeheuer wichtig, wie alternativlos richtig die Schaffung eines einigen, starken und handlungsfähigen Europa ist.

Für uns kann es daran keinen Zweifel geben: Ein einiges Europa ist die beste Vorkehrung für die Zukunft, um Frieden und Freiheit im kommenden Jahrhundert zu sichern und um Wohlstand und soziale Sicherheit in der Welt der Globalisierung zu bewahren.

Aber ein einiges, ein starkes Europa und eine Europäische Union, die für ganz Europa offensteht, erfordert Reformen, die politische Sklerose ebenso verhindern helfen wie einen Infarkt infolge Überforderung. Darüber werden wir morgen beraten, und daran werden wir noch lange zu arbeiten haben. Aber soviel ist klar: Nur ein föderales Europa kann diese gewaltigen Aufgaben und Herausforderungen meistern. Das heißt auch: Nicht jede Aufgabe in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa. Subsidiarität heißt das Ordnungsprinzip – Vorrang der kleineren Einheit, Bürgernähe. Erst die Kommunen und

Regionen, dann die Mitgliedstaaten. Und nur, was deren Kräfte und Möglichkeiten wirklich übersteigt, das muß Europa gemeinsam leisten.

Der Berliner Gipfel hat doch deshalb die Agenda 2000 nicht zum Erfolg bringen können, weil Schröder und die Seinen erst verantwortungslos geredet und dann nicht gehandelt haben – Oberflächlichkeit auch da, wo wirklich tief gepflügt hätte werden müssen. Wer ausgerechnet als Ratspräsident den Gesamtzusammenhang aus dem Auge verliert – oder ihn vielleicht sogar überhaupt nicht versteht – und sich statt dessen vorrangig als nationaler Kassenwart aufspielt, der mal eben zu Lasten anderer ein paar Milliarden Euro zurückhaben will, der muß wegen des Einstimmigkeitsprinzips in dieser Frage zwangsläufig scheitern. Das haben Blair, Chirac und Aznar Schröder gezeigt, kühl, aber erfolgreich.

Es hätte anders ausgehen können: wenn die deutsche Ratspräsidentschaft ein klügeres Vorgehen an den Tag gelegt und die grundlegende Reform der Agrarpolitik, zum Beispiel im Wege der Kofinanzierung, als Schritt in Richtung auf mehr Subsidiarität hartnäckiger verfolgt hätte; wenn sie sich für eine Struktur- und Regionalpolitik eingesetzt hätte, die den Schwachen solidarisch Hilfe gewährt, statt mit der Gießkanne den Subventionsdschungel zum Nährboden für Bürokratie und Mißwirtschaft zu machen; wenn die deutsche Präsidentschaft eine wirkliche, substantielle Vorstellung gehabt hätte von einer strukturellen Reform der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit Europas.

Das hieße zum Beispiel: Stärkung des Europäischen Parlaments, mehr Kontrolle, Öffentlichkeit und Transparenz, flexible Strukturen in der Europäischen Union in Zeiten der Erweiterung, um unterschiedliche Geschwindigkeiten und einen starken Kern für Einigungsdynamik zu nutzen, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, mit Handlungsfähigkeit und Ge-

wicht, um den europäischen Pfeiler in der Atlantischen Allianz zu stärken.

Nichts davon ist in der deutschen Präsidentschaft vorangebracht worden. Statt dessen faselt man auch nach Lafontaines Rücktritt immer noch von europäischen Beschäftigungsprogrammen – als ob europäische Bürokratie auch nur im Ansatz leisten könnte, was nur die Initiative und Leistungsbereitschaft von Unternehmern und Arbeitnehmern, von großen und kleinen Betrieben, dem Mittelstand vor allem, die Phantasie der Märkte und Orientierung am Kunden und Verbraucher leisten können.

Aber Subsidiarität, Dezentralisierung – das entspricht dem Denken der Linken nicht. Je größer sie ein Problem empfinden, um so mehr setzen sie auf zentralistische, bürokratische Lösungsansätze. Das hat Tradition bei den Linken, aber es macht keinen Sinn.

Wir vertrauen auf die Kraft der Menschen, die Kraft der Freiheit, der freiwilligen Solidarität. Das ist der entscheidende Unterschied im politischen Denken von Linken und Union: Wir setzen auf Phantasie, auf Leistungsbereitschaft, auf Zukunftsmut; die Linken landen immer bei Steuern, Abgaben und Bürokratie.

Weil Freiheit und Individualität stets zu Unterschieden führen, tendieren die, denen die Gleichheit so wichtig ist, immer zur Nivellierung. Man sehe sich unser föderales Finanzausgleichssystem in der Praxis an. Es ist doch absurd, daß diejenigen, die besser, erfolgreicher, sparsamer wirtschaften, am Ende schlechter dastehen als die anderen.

Wer um die fundamentale Bedeutung kommunaler Selbstverwaltung weiß, der sehe sich einmal die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in noch sozialdemokratisch regierten Ländern wie Nord-

rhein-Westfalen und Niedersachsen an und vergleiche das mit der Wirklichkeit in unionsregierten Ländern, wo vielleicht auch nicht alles Gold, aber das meiste eben besser ist. Wer den Vorrang der kleineren Einheit, der bürgernäheren Ebene verstanden hat, das Ordnungsprinzip der Subsidiarität, der gibt den Menschen den Raum zu Freiheit, zu Verantwortung, zu Leistung und Kreativität.

Weil die Fähigkeiten der Menschen in Deutschland, ihre Leistungsbereitschaft, ihr Wissen und Können in der Welt der Globalisierung, des Informationszeitalters und der Dienstleistungsgesellschaft unser wichtigster Rohstoff ist, deshalb ist Bildungspolitik von so zentraler Bedeutung. Das wird ein Kernbereich unserer Arbeit sein müssen. Wir wollen den Parteitag im nächsten Jahr der Bildungspolitik widmen, den Reformen von Schule und Hochschule. Bis zum kommenden Parteitag im nächsten Jahr wollen wir die Debatten in der Breite unserer Partei führen, in unseren Orts-, Kreis- und Landesverbänden und den Vereinigungen.

Nicht Gleichmacherei wie bei den sozialistischen Bildungsplanern, sondern Ausschöpfen aller Begabungen, Differenzierung, Leistungsförderung und Leistungsforderung sind unsere Richtschnur. Denn nur so gewinnen wir Zukunft und erschließen allen Menschen Chancen auf Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe an wirtschaftlicher, sozialer und politischer Kommunikation.

Die Menschen beteiligen, sie mitnehmen auf den Weg in das Neue, auch Ungewisse, sie nicht der Anonymität und Teilnahmslosigkeit ausliefern, das gibt auch Halt und Richtung, das gibt Geborgenheit und Orientierung zugleich. Gerade in Zeiten der Globalisierung und so rasanter Veränderungen muß der sich ausbreitenden Verunsicherung entgegengewirkt werden. In der Anonymität ist die Gefahr der

Entwurzelung immer größer. Deshalb sind Nähe und Vertrautheit so wichtig. Auch das hat übrigens mit kommunaler Selbstverwaltung und Föderalismus zu tun. Heimat stärkt Identität, schafft Zugehörigkeit.

Zugehörigkeit und Identität wiederum sind die Voraussetzungen für Toleranz. Wer sich seiner selbst gewiß ist, bleibt offen für den anderen.

An diesem Punkt entscheidet sich die Bereitschaft für die Integration ausländischer Mitbürger. Diese Integration zu schaffen ist eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben zugleich, von deren Gelingen die Stabilität unserer Freiheitsordnung abhängt, in einer Welt, in der Entfernungen schrumpfen, Grenzen weniger trennen und die Unterschiede in den Lebensverhältnissen nicht nur größer, sondern vor allem durch moderne Medien eben auch bewußter werden.

Aber Integration schafft man eben nicht mit der als Provokation empfundenen regelmäßigen doppelten Staatsangehörigkeit. Integration ist eine Zweibahnstraße, heißt Sprachförderung und Bereitschaft, Sprache zu lernen, Offenheit für Fremdes, aber auch Bereitschaft, sich in die soziale Realität und Tradition einer Gemeinschaft einzuleben. Wer die Menschen für Integration gewinnen will, muß sie überzeugen und darf sie nicht spalten.

Wer aber Integrationsfähigkeit, die nie unendlich ist, überfordert, wird scheitern. Deshalb bleiben Begrenzung und Kontrolle von Zuzug in einem so dicht besiedelten Deutschland und Europa notwendig, auch angesichts der Tatsache, daß wir bereits 10 Prozent ausländischen Bevölkerungsanteil haben und daß wir eine besondere Verpflichtung aus unserer Vergangenheit für Vertriebene und Aussiedler am Ende auch dieses Jahrzehnts immer noch haben und daß wir uns dieser Verantwortung auch in der Zukunft stellen werden.

Diese Bemerkung will ich auch hinzufügen: Wenn uns jetzt in den Tagen der Greuel im Kosovo bewußter wird, als es vielleicht den Jüngeren bewußt gewesen ist, was Vertreibung für die Menschen wirklich bedeutet, dann sollte man sich vielleicht der Verpflichtung für die Vertriebenen ebenso bewußt bleiben, wie man nicht so leichtfertig über die Sudetendeutschen daherreden sollte, wie es Schröder in dem Gespräch mit dem tschechischen Ministerpräsidenten getan hat.

Bereitschaft zur Integration, Werben, Fördern, Zweibahnstraße, Identität als Grundlage für Toleranz, Offenheit, das alles zusammen ist unser Weg und unser Angebot. Liebe Freunde, wem wirklich daran liegt, daß Deutschland ein ausländerfreundliches Land bleibt, der muß den Konsens zwischen den großen politischen Gruppen und mit der Bevölkerungsmehrheit suchen. Nur so werden sich Offenheit und Vertrautheit verbinden, nur so werden wir am Ende Toleranz erhalten.

Verunsicherungen abbauen, Ängste nehmen, Zuversicht in die Zukunft schaffen, das ist nirgends besser zu leisten als in der Familie. Deshalb bleibt die Familie für uns das Erste und Wichtigste zugleich. Menschliches Miteinander, Vertrauen, Fürsorge, Wärme, ein Zuhause, das bleibt unverzichtbar. Das hat nichts mit naiven Vorstellungen von heiler Welt zu tun. Wir wissen sehr wohl: Die Lebensentwürfe, die Beziehungsfelder der Menschen verändern sich, und jede Politik, die Zukunft gestalten will, muß die Realitäten zur Kenntnis nehmen. Rund die Hälfte aller Haushalte in Großstädten sind Einpersonenhaushalte, liebe Freunde, darin drückt sich die Mobilität unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit aus. Aber das macht doch Familie nicht überflüssig. Keiner kommt allein auf die Welt, Bindungen sind auch für den modernen Menschen nicht nur unvermeidlich, sondern unverzichtbar.

In einer Gesellschaft, in der der Anteil älterer Menschen steigt und der Anteil der Jüngeren sinkt, wird lebenslange Solidarität zwischen den Generationen eher noch wichtiger. Wo, wenn nicht in der Familie, soll sie denn lebenslang gelebt und gelernt werden?

Das Subsidiaritätsprinzip, also den Vorrang der kleineren Einheit, zukunftswirksam zu halten, wird eine der Hauptaufgaben unserer Arbeit in diesen Jahren sein. Wir wollen als Union daran arbeiten, dieses Organisationsprinzip für Europa wie für unsere Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen, von den institutionellen Reformen der Europäischen Union bis zum Länderfinanzausgleich, der Stärkung von kommunaler Selbstverwaltung und der Verbesserung von Bürgernähe und Bürgerbeteiligung. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Familie, Familienpolitik weiterentwickeln. Darauf wollen wir uns auf unserem kleinen Parteitag im Herbst dieses Jahres konzentrieren.

Das erschöpft sich lange nicht in Steuern und Kindergeld, sondern reicht in viele Bereiche der Sozial- wie der Bildungspolitik hinein. Es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, um bessere Wahlfreiheit für Frauen und Männer, um Abstimmung von betrieblichen und schulischen Organisationsformen und Öffnungszeiten auf diese Erfordernisse bis zur Frage der Ganztagschule. Wenn unsere Grundwerte, liebe Freunde, richtig bleiben, dann müssen diesen Grundwerten die Antworten für die realen Fragen und Probleme am Ende dieses und am Beginn des nächsten Jahrhunderts abgeleitet werden. So und nur so haben Werte Zukunft.

Aus den schöpferischen Kräften des Menschen, aus Freiheit und Vertrautheit zugleich, die durch das Subsidiaritätsprinzip gefördert werden, wächst die Kraft zur Veränderung. Wer immer nur wie die Linken bürokratisch-zentralistisch reglementiert, fördert damit nur Verteilungskämpfe. Wer den Menschen in den Veränderungen Vertrautheit verweigert, der erntet Verunsicherung. Aber Verteilungskämpfe und Verunsicherung führen zwangsläufig zur Verteidigung der Besitzstände, während aus Freiheit und Vertrautheit Zukunftsmut

wächst. Deshalb ist die Union die Kraft der Veränderung. Bewahren und Erneuern, beides ist notwendig und bedingt sich gegenseitig.

Veränderungen, Anpassungen, Innovationen sind notwendig in Zeiten der Globalisierung und des rasanten Wandels aller ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Wir sind eines der wirtschaftlich stärksten Länder dieser Erde, aber wenn wir mit modernen Entwicklungen nicht Schritt halten, fallen wir zurück. Wir stehen im härter werdenden in-



ternationalen weltweiten Wettbewerb um Wohlstand und Arbeitsplätze, und deshalb brauchen wir Innovationen, Investitionen, schnellere Anpassung an sich verändernde Marktverhältnisse. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit sind doch keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich gegenseitig, wie der Erfolg unserer Sozialen Marktwirtschaft bewiesen hat.

Heute ist soziale Gerechtigkeit bei uns nicht in erster Linie ein Problem materieller Versorgung, sondern das größte soziale Problem ist heute die wachsende Arbeitslosigkeit. „Wohlstand für alle“ im Sinne von Ludwig Erhard ist nicht allein eine Frage von D-Mark oder Euro, sondern das heißt heute Zugehörigkeit, Gebrauchtwerden, Teilhabe an Prozessen gesellschaftlicher Kommunikation. Deshalb bleibt für uns „Arbeit für alle“ das Ziel. Daran werden wir weiterarbeiten, und das ist unsere Verpflichtung.

„Arbeit für alle“, der Staat, die Politik kann das nicht alles und schon gar nicht allein leisten. Aber die Rahmenbedingungen können und müssen wachstums-, investitions- und beschäftigungsfördernd sein. Eben deshalb ist die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik von Rot-Grün so katastrophal.

Manchmal fragt man sich, warum einfache und unwiderlegbare Wahrheiten in manche Köpfe nicht hineingehen. Das weiß doch inzwischen jeder in Deutschland: Nur eine Senkung aller Steuersätze, für Arbeitnehmer wie für Unternehmer, schafft Raum für Wachstum und Beschäftigung. Die linken Umverteiler, bei denen nur ja keine Mark in Ergebnis gespart werden darf, können das nicht, weil sie es nicht einmal verstehen.

Unsere Steuerpolitik, wie wir sie als CDU auf dem Parteitag in Hannover konzipiert und dann in die Petersberger Beschlüsse umgesetzt haben,

beschreibt den richtigen Weg. Niedrigere Sätze für alle, eine deutliche Nettoentlastung und weniger Ausnahmen von der Besteuerung – einfacher, klarer, gerechter –, das bleibt unsere Richtung.

Aber dafür muß man in der Haushaltspolitik Spielraum schaffen. Diesen Spielraum hatten wir in Deutschland noch im Oktober 1998 mit beachtlichen Überschüssen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung und 20 Milliarden DM Steuersenkungsspielraum für 1999. Das haben die Bundesbank wie die finanzwissenschaftlichen Institute aktenkundig gemacht. Jetzt hat die Regierung Schröder alles verwirtschaftet, ohne irgend etwas zu erreichen, außer Durcheinander. Statt dessen werden die Perspektiven für Wachstum und Arbeitsmarkt von Monat zu Monat schlechter. Der Deutsche Aktienindex entwickelt sich seit dem Amtsantritt Schröders signifikant schlechter als vergleichbare europäische Werte, und der deutsche Wirtschaftsminister Müller – Herr Müller, wohlgemerkt; nicht Frau Müller – gesteht offen ein, daß die Wachstumserwartungen der Bundesregierung mittlerweile schon deutlich unter 2 Prozent gesunken sind, während es in anderen Ländern – auch in Europa – aufwärts geht. Die Ursachen dafür können nicht in Rußland oder Südamerika liegen; sie liegen in der falschen Politik der Regierung Schröder.

Jetzt wird großspurig eine Unternehmenssteuerreform versprochen – offenbar als Trost für den Mist, den sie bis jetzt in Kraft gesetzt haben. Aber das ist doch ein Stück aus dem Tollhaus: Wenn eine Entlastung der Unternehmer auch nach Schröders Meinung angezeigt ist, dann macht es doch wirklich keinen Sinn, zunächst das genaue Gegenteil zu tun und die Belastungen zu erhöhen, um vielleicht später die Fehler teilweise wieder zu korrigieren. Das mit dem einheitlichen Unternehmenssteuersatz von 35 Prozent klingt vielleicht

ganz gut. Aber wer es glaubt, hat selber schuld. Was heißt das denn? Mit oder ohne Gewerbeertragsteuer? Und wenn die Gewerbeertragsteuer einbezogen würde: Wo bleibt dann die notwendige Gemeindefinanzreform?

Ich sage klar: Für uns, die Union, ist eine eigene kommunale Steuerbasis, für die die Kommunen eigene Zuständigkeit und Entscheidungsspielräume haben, unverzichtbar, wenn die kommunale Selbstverwaltung nicht zerstört werden soll.

Im übrigen muß jede Unternehmensteuerreform in Deutschland berücksichtigen, daß fast 90 Prozent unserer Unternehmen nicht körperschaftsteuerpflichtige Kapitalgesellschaften, sondern einkommensteuerpflichtige Einzelunternehmen und Personengesellschaften sind. Sollen die etwa in die Röhre gucken? Sie dürfen nicht schlechtergestellt werden, wenn Deutschland nicht Schaden nehmen soll; denn die mittelständische Struktur unserer Wirtschaft gehört zum Besten, was wir haben. Dort werden die Arbeitsplätze geschaffen, viel mehr als in den Großunternehmen.

Ich füge hinzu: In den Eigentümerunternehmen geht es eben nicht nur um shareholder value. Auch das ist für die Union wichtig.

Wenn „Arbeit für Alle“ keine wohlklingende Leerformel bleiben soll, dann müssen wir soziale Sicherungssysteme, Arbeitsrecht, Arbeitszeiten und Entgeltssysteme beschäftigungsfreundlich ausrichten. Nichts gegen ein Bündnis für Arbeit – aber wenn es zum Kartell der organisierten Arbeitsplatzbesitzer mit den großen wirtschaftlichen Interessen bei gleichzeitiger Verantwortungsscheu der Regierung verkommen sollte, dann wird es nicht nützen, sondern schaden, dann wird es nicht Innovationen stärken, sondern Besitzstände betonieren.

Die Verwischung von Verantwortung ist nicht zukunftsfördernd. Gegen alle diese Schröderschen Initiativen, von den Energiekonsensgesprächen bis zu Scharpings Ankündigung, über Fragen der Neuordnung der Bundeswehr jetzt eine Kommission einzusetzen, habe ich eigentlich nichts. Aber es führt immer ein wenig zur Ablenkung von der Verantwortung der Regierung, daß sie es ist, die entscheiden muß. Ich kann ja verstehen, daß Schröder die Unfähigkeit seiner Regierung zu zukunftsgerichteter Entscheidung, den Mangel an Substanz in seiner Politik kaschieren – oder besser: „kaschmiren“ – will, indem er ein Dauerpalaver im sogenannten Bündnis für Arbeit veranstaltet.

Aber wenn das dann dazu führt, daß überhaupt nichts wirklich geschieht, dann sollte man eine solche Showveranstaltung schnellstens beenden. Um es klar zu sagen: Für die politischen Entscheidungen bleiben am Ende die Gewählten, Regierung und Parlament, verantwortlich, für die Tarifpolitik Arbeitgeber und Gewerkschaften. Sich darüber abzustimmen, daß man im jeweiligen Verantwortungsbereich Wachstum und Beschäftigung Vorrang gibt, das wäre gut, aber gerade davon ist bisher nichts zu spüren, in der Finanz- und Sozialpolitik der Regierung nicht und bei den 1999 geschlossenen Tarifverträgen im wesentlichen auch nicht.

Die Lohnkosten und vor allem die Lohnzusatzkosten sind zu hoch, wenn wir in Zeiten der Globalisierung und der revolutionierenden Veränderungen unserer Arbeitswelt durch technischen Fortschritt Vollbeschäftigung nicht aus dem Auge verlieren wollen. Ohne Sparsamkeit auf der Ausgabenseite sind die Beitragsbelastungen der Sozialversicherung nicht mehr zu verkraften, und deshalb sind Elemente der Eigenverantwortung in der Kranken- wie in der Alterssicherung unverzichtbar. Wir, liebe Freunde, sind Schritte in dieser Richtung gegangen.

Ich sage offen: Leicht ist uns das nicht gefallen. Ob es uns bei den Wahlen im September genützt hat, das wird bestritten. Ich bleibe dabei: Die Richtung stimmte, und sie war alternativlos und richtig.

Schröder hat alles rückgängig gemacht. Was passiert jetzt? Mehr oder weniger heimlich denken die Rotgrünen darüber nach, wie sie am besten die Rückgängigmachung des rückgängig Gemachten hinkriegen. Jetzt muß man ja schon aufpassen, daß Herr Riester nicht die Rente nach Kassenlage einführt. Liebe Freunde, so haben wir nicht gewettet!

Der Mangel an Substanz Schröderscher Politik läßt sich im Konkreten deutlich belegen. Ökosteuer? Natürlich ist es richtig, daß wir grundsätzlich und langfristig unsere öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme so finanzieren sollten, daß der Preis für reguläre Arbeit nicht unangemessen teuer wird. Also sollte man eher den Verbrauch, auch den Verbrauch von Ressourcen und Energie als Anknüpfungspunkt nehmen. Aber wenn das zu einer weiteren Kostenbelastung am Standort Deutschland im Vergleich zu anderen, vor allem der europäischen Nachbarn führt, dann bringt das nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze. Der Umwelt wird durch die Verlagerung von Emissionen nur über die Grenze auch nicht geholfen. Das haben weder die Roten noch die Grünen je kapiert: Wer Arbeitsplätze gegen Umweltschutz ausspielt, hat schon verloren.

Von der Ost-West-Problematik und dem Ost-West-Transfer hat Bernhard Vogel schon zu Recht gesprochen.

Jetzt haben wir ein Gesetz – sie nennen das Ökosteuer; das ist eigentlich eine Frechheit –, das Energiesparen dadurch fördern will, daß der Steuersatz um so niedriger ist, je höher der Energieverbrauch steigt. Also sparen wir nach diesen Vor-

stellungen Energie dadurch, daß wir kräftig heizen bei voller Beleuchtung und offenen Fenstern – am besten auch noch im Sommer. So wird der Unfug Methode.

Dann die Farce um die 630-Mark-Verträge. Ich habe ja auf unserem Parteitag in Leipzig schon gesagt, daß die fortlaufende Umwandlung regulärer Beschäftigungsverhältnisse in versicherungsfreie Verträge nicht einfach ungebremst weitergehen kann. Das bleibt richtig. Aber mit dem bürokratischen Monster von Schröder wird jetzt Beschäftigung nicht mehr in versicherungsfreie umgewandelt, sondern in Schwarzarbeit. Dümmer kann man es nicht machen.

Wenn Sie sehen, wie in den Kirchen und den gemeinnützigen Organisationen, beim Sport und überall sonst, die ehrenamtlichen Tätigkeiten durch die Neuregelung auf Grund dieses 630-Mark-Monsters unterdrückt werden, wie groß die Empörung bei denen ist, die jahraus, jahrein den Buckel dafür hinhalten, daß in diesem Land nicht nur der Staat etwas macht, sondern daß auch die ehrenamtliche Tätigkeit die Lebensqualität in diesem Lande erhöht – was jetzt durch die Neuregelung zu den 630-Mark-Verträgen so erschwert, belastet und bestraft wird –, dann sieht man: Von ehrenamtlicher Tätigkeit haben sie auch nichts verstanden, die Linken. Das ist Ihnen Wurscht.

Was wir brauchen, ist ein besserer Übergang zwischen Transfereinkommen und Arbeitseinkommen aus geringfügiger Beschäftigung, aus Teilzeitarbeit, auch aus geringer qualifizierter Arbeit. Das fängt bei der Sozialhilfereform an und setzt sich über kleine Beschäftigungsverhältnisse, Kombilohn, mehr Flexibilität von Arbeitszeit und Entgeltstrukturen fort. Liebe Freunde, daran arbeiten wir weiter. So werden wir das Ziel Arbeit für alle nicht aus den Augen verlieren, sondern erreichen. Das ist unser Weg.

Energiepolitik darf sich auch nicht in rot-grüner Ersatzbefriedigung erschöpfen. Der nationale Alleingang bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie mag spätpubertäre Symbolwirkung für manchen Altlinken haben; Sinn macht er aber nicht. Die Sicherheit in der friedlichen Nutzung der Kernenergie wird doch durch nationale Verweigerung nicht verbessert. Was wir brauchen, ist ein umfassendes Energiekonzept, das die Sicherheit der langfristigen Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, die Reduzierung von Emissionen und die Risikovorsorge gleichermaßen im Auge hat. Dazu werden wir weiterhin einen vernünftigen Mix der verschiedenen Energieträger brauchen.

Bewahrung der Umwelt, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Verantwortung für unsere eine Welt und für die uns nachfolgenden Generationen: von all dem ist im rot-grünen Alltagschaos nichts, aber auch gar nichts zu spüren. Diese Ziele bleiben aber wichtig, und wir bleiben ihnen verpflichtet. Gerade weil es schwierig ist, die Probleme, mit denen wir uns herumschlagen, vernünftigen Lösungen zuzuführen, darf man den Verstand nicht ausblenden. Das Wahrnehmen von Verantwortung ist eben mehr als bloßes Ereignismanagement, Medieninszenierung und Talkshow.

Auf technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, auf Leistung und Erfolg von Forschergeist bleibt die Menschheit angewiesen. Im Juni dieses Jahres soll voraussichtlich der sechsmilliardste Mensch geboren werden. Ohne Fortschritt in Naturwissenschaft und Technik, von der Biotechnologie bis zur Meeresbodenforschung, wird diese Menschheit friedlich und nachhaltig nicht zu ernähren und das ökologische Gleichgewicht nicht zu erhalten sein. Aber Fortschritt und Mut zur Zukunft haben nichts mit Bedenkenlosigkeit zu tun. Nicht alles, was der Mensch zu

können glaubt, darf er auch. Auch deshalb, ja gerade deshalb sind Werte als Richtschnur und zur Begrenzung so wichtig. Denn: Ohne Grenzen keine Freiheit.

Zu diesen Grundwerten gehört vor allem die Überzeugung vom Wert jedes einzelnen Menschen und von der Unverfügbarkeit menschlichen Lebens, des ungeborenen wie des zu Ende gehenden. Deshalb gilt: Ohne Werte keine Zukunft. Das wissen wir, die Union; denn bei uns haben Werte Zukunft.

Wer einen klaren Standort hat, der hat auch die Fähigkeit, offen zu sein, offen für Neues, offen für die Menschen. Wir wissen nicht alles, und wir wissen schon gar nicht alles besser. Aber wir haben Überzeugungen, wir sind grundsatztreu, und wir sind bereit zu lernen, zu hören, zur Diskussion. Wir haben etwas zu sagen, und wir sind bereit zum Gespräch.

Weil wir im Grundsätzlichen einig sind und weil wir eine Vorstellung von der Substanz von Politik haben – und nicht nur an Kanzleramtszäunen rütteln –, sind Offenheit und Vielfalt in der Diskussion für die große Volkspartei Union kein Widerspruch zur Geschlossenheit im Handeln. Auch das unterscheidet uns von Rot-Grün.

Wer keine verbindliche Substanz hat, wird zerstritten und zerrissen, wenn ihn die Anforderung von Verantwortung trifft. Lafontaine ist weg, aber deshalb wird Schröder ja noch nicht besser.

Die Grünen sind wirklich ein Bild des Jammers. Außer Posten und der Angst, sie zu verlieren, hält sie doch nichts mehr zusammen.

Jetzt streiten Fischer und Gysi im Bundestag, wer von beiden mehr in der Toskana oder auf Gran Canaria Urlaub macht. Brioni oder Armani – das ist für Schröder und die Seinen die Frage. Die PDS bezeichnet der SPD-Vorsitzende und Kanzler als

fünfte Kolonne Belgrads, früher Moskaus. Aber wer koalitiert denn in Deutschland mit der PDS?

Das ist kein lokales Problem von Magdeburg bis Schwerin. Nein, ohne die PDS hat Rot-Grün im Bundesrat keine Mehrheit. Aber genau mit dieser Mehrheit will man jetzt die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts durch Bundestag und Bundesrat peitschen. Ich kann nur sagen: Wer diese Sache mit der Arroganz dessen zu erledigen sucht, der nur eine parlamentarische Mehrheit will, aber nicht den größtmöglichen Konsens in Parlament und Gesellschaft, der macht einen schweren Fehler, weil er in einer solch sensiblen Frage keine befriedigende Lösung erreicht. Dieser Konsens zwischen den großen politischen Gruppierungen wäre möglich, weil nach dem Erfolg unserer Unterschriftenaktion die Unterschiede in den vorliegenden Gesetzentwürfen nicht mehr unüberwindbar sind.

Jetzt gibt es – noch nicht einmal sieben Monate nach der Bundestagswahl – Spekulationen und Geraune über Koalitionswechsel in Bonn. Daran beteiligen wir uns nicht.

Wir haben das Wahlergebnis vom 27. September akzeptiert. Der Auftrag der Wähler für diese Legislaturperiode weist uns in Bonn die Oppositionsrolle zu. Das gilt, und das bleibt bis zu den nächsten Wahlen.

Wahlen sind immer. Am 7. November habe ich in Bonn gesagt: Wir können und wir wollen jede Wahl gewinnen; wir fangen



am 7. Februar damit an. Jetzt haben wir in **Hessen** mit Roland Koch gewonnen.

Wir haben Bürgermeisterwahlen von **Niedersachsen** bis **Baden-Württemberg**, in Kaiserslautern und Pirmasens wie auch in Kassel gewonnen, alles Städte, die die Sozialdemokraten lange als ihre Hochburgen angesehen haben. Jetzt kommt **Bremen**, das durch die Regierungsbeteiligung der Union in den letzten Jahren endlich eine neue Dynamik gewonnen hat. Wer Bremen nicht wieder rotem oder rot-grünem Abstieg ausliefern will, der muß die Union in Bremen stärken.

Bei der Europawahl wollen wir bundesweit stärkste politische Kraft werden. Europa muß man richtig machen. Das können nur wir, die Union!

Thüringen braucht auch in den kommenden Jahren Bernhard Vogel und die Union.

Hier, wie übrigens in **Berlin**, darf die SPD – das gebietet uns geradezu die christliche Solidarität mit unserem Konkurrenten – nicht der Versuchung ausgesetzt werden, mit Schröders fünfter Kolonne von der PDS weitere Koalitionen zu schließen. Deswegen muß die Union in Thüringen wie in Berlin gewinnen.

Herr Momper – zur Erinnerung: der mit dem roten Schal; Wiedersehen statt Wiedervereinigung – verstand nicht einmal nach dem Fall der Mauer etwas von Deutschlands Einheit. Deshalb haben die Berliner recht, wenn sie Eberhard Diepgen vertrauen, gerade jetzt, wo Berlin wieder wirklich Hauptstadt in Deutschland werden muß.

Kurt Biedenkopf in **Sachsen** wie Bernhard Vogel in Thüringen stehen angesichts ihrer Leistungs- und Erfolgsbilanz eben auch dafür, daß die Ost/West-Debatten über wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, öffentliche Haushalte, Bildungspolitik und dergleichen inzwischen immer mehr unredlich, oberflächlich, verzerrend und irreführend sind.

Wer Thüringen oder Sachsen mit **Sachsen-Anhalt** oder **Brandenburg** vergleicht, der erkennt genauso wie beim Vergleich von Baden-Württemberg oder Bayern mit Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, daß Unionsregierungen Besseres leisten, in den Länder und für die Menschen.

Deshalb braucht das **Saarland** Peter Müller und deshalb wird Jörg Schönbohm in **Brandenburg** Stolpes absolute Mehrheit brechen.

Schleswig-Holstein haben die Genossen offenbar schon selbst abgeschrieben – Glück auf, Volker Rühle!

In **Nordrhein-Westfalen** wird die Union mit Jürgen Rüttgers Jahrzehnte der Stagnation beenden, die Clement vor lauter Affären und Stolpern auch nach Raus Abschied nicht gestoppt hat.

Natürlich hat jede Sache mehrere Seiten: Nach Lafontaines Ausscheiden als Finanz-

minister hat Schröder in Eichel schnell Ersatz gefunden. Liebe Freunde, die SPD – wir müssen das klar sehen – hat demnächst noch erhebliche Personalreserven auf Grund vieler beschäftigungsloser Ex-Ministerpräsidenten.

Noch einmal: Wir haben die Botschaft vom 27. September verstanden. Wir sind gut gestartet, wir sind nicht über den Berg, aber wir sind gut vorangekommen. So macht die Arbeit auch Freude. Viel Arbeit haben wir überall, von den Ortsverbänden bis zum Konrad-Adenauer-Haus, in den Kommunalparlamenten, in den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament. Es findet ein neuer Aufbruch in der Union statt.

Ich habe nicht nur viel Vertrauen erfahren, sondern auch viel Unterstützung von den Freunden in der Fraktion und in den Ländern, in Regierungen und Fraktionen. Unzählige Freunde in unseren Orts- und Kreisverbänden haben bei unserer Unterschriftenaktion bewiesen, daß die Union kampagnefähig ist. Für all das danke ich.

Ich nenne Angela Merkel, die eine prima Arbeit leistet, vor Ideen und Tatkraft spricht.

Ich nenne Willi Hausmann, unseren neuen Bundesgeschäftsführer. In den Dank an Angela Merkel und ihn schließe ich alle Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus, alle hauptamtlichen Mitarbeiter in den Landesverbänden und in den Kreis- und Bezirksverbänden ein. Wir muten ihnen manchmal fast zuviel zu; ich kann aber nur versprechen, daß die Arbeit in der nächsten Zeit kaum weniger wird.

Die Union ist in sich geschlossen – CDU und CSU stehen Seite an Seite und kämpfen gemeinsam. Manche meinten, daß wir unsere Kraft nach der Wahlniederlage und dem Regierungswechsel dadurch schwächen, daß wir uns in Profilierungsversuchen gegenüber der jeweils anderen



Eine Rede, die Eindruck machte und immer wieder vom Beifall der Delegierten unterbrochen wurde

Seite verzetteln, so wie bei Schneewittchen: „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste im ganzen Land ...?“ Liebe Freunde, nichts wäre falscher gewesen, nichts verhängnisvoller. Nur gemeinsam, CSU und CDU, können wir die stärkste politische Kraft in Deutschland sein, und nur gemeinsam werden wir unserer Verantwortung für Deutschland und Europa gerecht. Der Erfolg jedes einzelnen dient immer uns allen.

Liebe Freunde, es ist eine Zeit großer Herausforderungen, für uns als Partei und für unser Land. Herausforderungen bieten aber immer auch Chancen und stellen neue Aufgaben. Dem, liebe Freunde, stellen wir uns; gemeinsam werden wir es schaffen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Frieden für den Kosovo

1. Die CDU Deutschlands verurteilt aufs schärfste die Politik der Vertreibung und der ethnischen Säuberung des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic im Kosovo. Solche schweren Verletzungen von Menschenrechten und des Völkerrechts sind mit dem europäischen Werteverständnis nicht zu vereinbaren.

2. Der Vertreibung und Vernichtung der Kosovo-Albaner konnte und kann das Atlantische Bündnis nicht tatenlos zusehen. Die Allianz hat sich nie nur als militärische Organisation, sondern immer auch als Gemeinschaft gleicher Werte verstanden. Wo Menschenrechte und Menschenwürde in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft derart verletzt werden, ist das Bündnis gefordert. Die NATO handelt in Übereinstimmung mit der UNO-Charta und zur Durchsetzung der UN-Sicherheitsresolutionen 1160, 1199 und 1203.

3. Die militärischen Maßnahmen der NATO richten sich nicht gegen das serbische Volk. Sie sind „ultima ratio“ zur Durchsetzung fundamentaler Menschenrechte. Sie sollen dem serbischen Diktator deutlich machen, daß die westliche Staatengemeinschaft nicht bereit ist, die entsetzliche Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung im Kosovo hinzunehmen, und entschlossen ist, ihm die militärischen Instrumente dazu zu nehmen.

4. Die CDU Deutschlands unterstützt die deutsche Beteiligung an den NATO-Aktionen auf dem Balkan. Sie dankt den Soldaten der Bundeswehr und den Streitkräften unserer Verbündeten, die ihre Pflicht erfüllen und große persönliche Risiken auf sich nehmen. Sie kämp-

fen auf dem Balkan gegen das unermeßliche Leid der Menschen und für Recht und Gerechtigkeit. Ihnen und ihren Familien gilt unsere Solidarität. Jeder Einsatz der Bundeswehr muß durch ein Mandat des Deutschen Bundestages gedeckt sein. Dies gilt auch für humanitäre Einsätze, wenn die Gefahr der Verwicklung in eine gewalttätige Auseinandersetzung gegeben ist.

5. Der 12. Parteitag appelliert mit großem Nachdruck an die politische Führung Serbiens, den Weg freizumachen

Initiativantrag Nr. 1

der Delegierten Wolfgang Schäuble, Angela Merkel, Volker Rühle und weiterer 27 Delegierter – einstimmig angenommen und verabschiedet

für eine politische Lösung, und fordert sie in Übereinstimmung mit der EU, der NATO und dem UN-Generalsekretär auf,

- die Vertreibung und ethnische Säuberung umgehend zu beenden,
- alle Kampfhandlungen sofort und überprüfbar einzustellen,
- alle militärischen und paramilitärischen Kräfte sowie die Sonderpolizei nachprüfbar aus dem Kosovo abzuziehen,
- der Stationierung internationaler Sicherheitskräfte zuzustimmen,

- der bedingungslosen Rückkehr aller Vertriebenen und dem ungehinderten Zugang der humanitären Hilfsorganisationen zuzustimmen.

Die militärischen Maßnahmen der NATO sind dann zu beenden, wenn sichergestellt ist, daß diese Ziele erreicht werden.

6. Militärische Entschlossenheit und die Bereitschaft zu einer politischen Lösung gehören zusammen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie alles unternimmt, um eine militärische Eskalation zu vermeiden und jede Chance für eine politische Lösung nutzt. Die CDU wird keinem Schritt zustimmen, der eine nicht beherrschbare militärische Entwicklung auf dem Balkan auslöst.

Rußland muß in diesem Prozeß eine substantielle Rolle übernehmen und seinen Einfluß auf die serbische Regierung stärker wahrnehmen. Es ist zu hoffen, daß das jüngste russische Bemühen Früchte tragen wird und daß sich die Möglichkeit ergibt, daß die UNO wieder einen aktiven Part bei der Lösung des Konfliktes übernehmen kann.

7. Wir fordern die Bundesregierung auf, zusammen mit den Partnern in der Region, den Partnern im Bündnis und im Rahmen der Vereinten Nationen Perspektiven für eine politische Ordnung auf dem Balkan zu entwickeln, mit der dauerhafter Frieden, wirtschaftlicher Aufbau, Freiheit und Demokratie in der Region ermöglicht werden. Den dortigen

Staaten muß eine Perspektive für die Einbeziehung in europäische Institutionen langfristig eröffnet werden.

8. Die Europäische Union muß eine aktive Rolle bei der Wiederherstellung und Absicherung des Friedens auf dem Balkan übernehmen. Auf eine gerechte und faire Verteilung der damit zusammenhängenden unabweisbaren Lasten ist zu achten. Unabdingbar ist die Stationierung internationaler Sicherheitskräfte, ohne die die Vertriebenen nicht zurückkehren werden. Darüber hinaus muß ein umfassendes und wirksames Hilfsprogramm organisiert werden zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Region, der Einrichtung einer Übergangsverwaltung im Kosovo, der Vorbereitung der Durchführung freier Wahlen, des Aufbaus einer Polizei und des wirksamen Schutzes der Zivilbevölkerung. Die Kosovaren müssen darauf vertrauen können, daß sie in ihrer angestammten Heimat in Frieden leben können.

9. Wir danken den privaten Organisationen, die sich in vorbildlicher Weise um humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge bemühen. Die heimatnahe Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen muß Vorrang haben, um ihnen eine rasche Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.

Wir danken auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland, die mit Spenden und großer Hilfsbereitschaft dazu beitragen, das tragische Schicksal der Flüchtlinge zu lindern. Auch die CDU Deutschlands wird dazu einen Beitrag leisten.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de



Wir müssen den Kosovo-Albanern die Hoffnung geben, daß sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können

Geradewegs aus den „Schlamm- und Morastfeldern von Morina und Blace an der Grenze zum Kosovo“ direkt in die „Hochtechnologiehalle

von Erfurt“ kam am 26. April Rupert Neudeck vom Komitee Cap Anamur.

„Auf Wiedersehen in Kosova“ – mit diesen Worten griff Neudeck den Titel der Zeitung auf, für die Generalsekretärin Angela Merkel um Spenden gebeten hatte, und unterstrich die Wichtigkeit der Hoffnung für die Flüchtlinge und Vertriebenen, „daß sie nicht eines Tages, sondern schon

sehr bald wieder in ihre Heimat zurückkehren können“.

Ganz konkret trug Neudeck noch eine weitere Bitte vor: Es besorge die Hilfskräfte vor Ort eine weit größere Katastrophe, als sie im Augenblick im Fernsehen dargestellt wird. Neudeck: „Das sind die Waldmenschchen, etwa 70.000 in der Gegend von Kishnareka, südlich von Pristina, die geflohen sind und nachweislich jetzt über die Grenze kommen. Sie haben seit Ende März keine Nahrung mehr gehabt.“

Seine Bitte: „daß Sie alles in Ihrer Kraft Stehende tun, um zu verhindern, daß Menschen in Mitteleuropa acht Monate vor dem Ende des Jahrtausends einen entsetzlichen Tod erleiden.“

Hilfe für Kosovo:

Angela Merkel: Wir wollen das Leid der Menschen im Kosovo lindern

Zu einer Spendenaktion für die aus ihrer Heimat Kosovo Vertriebenen hat in Erfurt Generalsekretärin Angela Merkel aufgerufen. Mit dem Geld soll ein Hilfsprojekt des Komitees Cap Anamur Deutsche Notärzte e.V. unterstützt werden; und „Auf Wiedersehen in Pristina“ soll eine Zeitung für Flüchtlinge heißen, mit der die Zuversicht der Menschen auf ein freies und sicheres Leben in ihrer Heimat wachgehalten werden soll.

Angela Merkel: „Wir wollen das Leid der Menschen lindern. Dabei kommt

einer heimatnahen Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen besondere Bedeutung zu. Eine rasche Rückkehr in die Heimat muß möglich bleiben. – Ich bitte Sie sehr herzlich: Unterstützen Sie diese Hilfsaktion.“

Unter der Bezeichnung „Hilfe für Kosovo“ hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle bei der Commerzbank Bonn, BLZ: 380 400 07 unter der Kontonummer: 110 444 705 ein Sonderkonto zu diesem Zweck eingerichtet.



Angela Merkel:

Das Signal aus Erfurt: Wir sind auf dem Weg zurück in die Verantwortung

Liebe Freunde! Vielleicht erinnern Sie sich noch an das, was ich bei unserem Parteitag im November unter anderem über den Mut zum Risiko gesagt habe. Ich habe damals nicht von einem Risiko gesprochen, das uns das Genick bricht, sondern von einem Risiko, das uns Mut gibt und mit dem wir uns gemeinsam auf Neues einlassen.

Dann habe ich davon gesprochen, daß ich so gesehen einen unserer Wahlkampfslogans aus dem vergangenen Bundestagswahlkampf umformulieren wollte in: „Risiko statt Sicherheit“. So sollte es für die Zukunft heißen, nicht etwa, damit wir Angst bekommen, sondern es sollte uns Mut machen. Ich habe diese Umstellung damals

Rede der Generalsekretärin

durchaus auch schon mit Blick auf unsere innerparteiliche Weiterentwicklung vorgenommen. „Risiko statt Sicherheit“ – das sollte ja nicht mehr und nicht weniger heißen, als daß wir uns mit Freude, mit Herz und mit Bereitschaft auf die Wirklichkeit und auf die Menschen einlassen. Es sollte auch dazu beitragen, innerparteiliche Spannungsfelder nicht als Belastung, sondern als Gewinn für uns alle zu betrachten.

Was heißt es konkret, innerparteiliche Spannungsfelder als Bereicherung zu betrachten? Erinnern wir uns zum Beispiel an unsere Diskussion über die Unterschriftenaktion gegen die generelle doppelte

Staatsbürgerschaft und für die Integration ausländischer Mitbürger. Wie wichtig war es, daß es uns gelungen ist, die Bevölkerung, die in der überwältigenden Mehrheit unsere Haltung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft unterstützt, in einem nie geahnten Ausmaß zu mobilisieren. 4,5 Millionen Unterschriften können nicht irren. Das Konzept der Regierung zur Staatsbürgerschaft ist falsch. Es darf auch nicht durch die Hintertür eingeführt werden.

Aber wie gut war es auch für uns alle, auf die bei uns zu hören, die Zweifel hatten, die Sorge hatten, in eine falsche Ecke gedrängt zu werden. Auch sie haben ihren Beitrag dazu geleistet, daß diese Aktion zu einem außerordentlich großen Erfolg werden konnte, der die Offenheit und die Vielfalt der Volkspartei CDU deutlich gezeigt hat.

Oder wie war das mit dem Wettbewerb „Mitten im Leben“? Am Anfang wurde er von manchen belächelt. In einigen Zeitungen konnte ich lesen, die CDU-Generalsekretärin käme nun mit einer Mottenkiste aus dem Osten, würde alte sozialistische Spiele wiederholen. Dabei ging es um etwas ganz anderes.

Wir werden gleich nachher die Preisverleihung vornehmen. Dieser Wettbewerb „Mitten im Leben“ sollte zeigen, daß unsere Partei für die gesamte Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens offen ist. Wir können heute alle gemeinsam stolz darauf sein, daß 193



wo Tabuzonen innerparteilicher Diskussionen entstanden sind, muß jetzt ein Klärungsprozeß einsetzen.

Oder wenn wir recht anspruchsvoll für uns feststellen:

Nur eine bürgernahe CDU wird die Menschen überzeugen.

Auf der anderen Seite sagen wir jedoch – ich sage es einmal ganz vorsichtig – recht verhalten:

Wir haben den Mut, auch jungen Menschen etwas zuzutrauen.

Ich bin recht glücklich, daß es Änderungsanträge – ich weiß gar nicht, ob Frau Müller da ist – nach dem Motto gab: Sagt doch nicht, wir haben den Mut, auch jungen Menschen etwas zuzutrauen,

sondern sagt einfach, wir trauen den jungen Menschen etwas zu. Dieser Einwand ist richtig und zeigt, wie verräterisch Sprache manchmal ist.

Wir wissen natürlich – auch das steht in den Erfurter Leitsätzen:

Neue Mitglieder sind für uns Chance, aber auch Herausforderung zugleich.

Wenn wir bei Diskussionen über die Erfurter Leitsätze schon von manchen hörten, daß darin ja nichts Revolutionäres stehe, dann frage ich einmal, ob wir denn wissen, welche Konsequenzen uns erwarten, wenn wir uns an folgenden Formulierungen in den Leitsätzen orientieren:

Wer arbeitet, muß mehr Einkommen haben, als wenn er nicht arbeitet.

Wissen wir, was es bedeutet, wenn wir sagen:

Projekte eingereicht wurden. Wir werden nachher sehen, welche interessanten Vorschläge es gibt. Vielleicht gibt es Kreis- und Ortsverbände, die sich ärgern und sich sagen: Schade, daß wir nicht mitgemacht haben.

„Risiko statt Sicherheit“ gilt auch für den Leitantrag, den wir heute beraten, da er nicht alle Themen mit allen schon bekannten Antworten zu jedermanns Zufriedenheit abdeckt, sondern sich zunächst einmal auf ganz wesentliche Aufgabenstellungen konzentriert und in wichtigen Feldern die Fragen benennt, auf die auch wir neue oder zum Teil weiterentwickelte Antworten finden müssen. Wenn man ihn liest, wird man sich fragen, was es bedeutet, wenn wir zu unserer Rolle als Partei in den Leitsätzen recht schonungslos sagen:

Wo sich über die Jahre widersprüchliche Inhalte eingeschlichen haben,

Wir wollen eine neue Kultur der Selbständigkeit fördern... Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Petersberger Beschlüsse zur Steuerpolitik unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Behandlung von Familien weiterzuentwickeln... Der Bundesvorstand wird gebeten, ein Konzept 'Sozialstaat 21' zu erarbeiten, das spätestens auf dem Bundesparteitag 2001 beraten werden soll.

Oder wenn wir ganz locker sagen:

Wir wollen Deutschland zum modernsten Wissenschafts- und Innovationsstandort in Europa entwickeln... Wir treten dafür ein, daß technischer Fortschritt immer auch einem ethischen Maßstab unterliegen muß.

Wissen wir, was uns erwartet, wenn wir uns vornehmen:

Als Ergebnis (unserer) Diskussion ist einem Parteitag im Jahr 2000 der Entwurf eines neuen bildungspolitischen Programms vorzulegen...

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, bis zu einem kleinen Parteitag im Herbst 1999 ein Konzept „Familie 2000“ vorzulegen ... Ein Ausstieg

– Jürgen Rüttgers hat dies soeben gesagt – *aus der Kernenergie ohne klimaverträgliche Alternative ist unverantwortlich ... Wir wollen in einen neuen Dialog zwischen armen und reichen Ländern eintreten ... Die CDU tritt ... nachdrücklich für eine Stärkung der kleinen, überschaubaren Einheiten ein ... Die CDU will ein umfassendes Konzept zur Modernisierung des Föderalismus in Deutschland vorlegen ...*

Wissen wir denn, was uns erwartet, wenn wir nicht zuletzt feststellen:

Auch in Zukunft muß der Aufbau Ost Priorität behalten.

Meine Damen und Herren, wissen wir, was dies bedeutet?

Ich sage dies alles hier nicht, um eine Aneinanderreihung von Plänen, Ideen und guten Vorsätzen zu machen, damit wir stolz sagen können: Schaut einmal, wie fleißig wir sind. Wenn wir uns diese und andere Kernsätze aus den Erfurtern Leitsätzen vor Augen führen, dann wird zumindest mir – ich hoffe, vielen anderen auch – klar: Wir haben uns viel vorgenommen. Wir werden die Erfurter Leitsätze nur dann mit Leben erfüllen können – deshalb haben wir uns dies zum Motto gemacht –, wenn wir sagen können: Wo Werte Zukunft haben, da kann eine solche Diskussion stattfinden.

Denn Politik macht man nicht nach der letzten Meinungsumfrage. Politik macht man nicht, indem man schaut, ob man hier oder da noch eine Mehrheit erhält. Politik braucht vielmehr eine Richtschnur, sie braucht Entschlossenheit und klare Ziele, sie braucht ein Fundament von Grundsätzen und Werten. Nur in diesem Sinne wollen wir die modernste Gesellschaft Europas schaffen.

Dafür brauchen wir nicht jedes Jahr ein neues Grundsatzprogramm. Wichtig ist, daß die Menschen in unserer praktischen Politik, in unseren praktischen Antworten erkennen, daß wir auf ihre Fragestellungen die richtigen und die ihren Ansprüchen genügenden Antworten haben. Wie ist es möglich, Arbeit für alle zu schaffen? Wie kann der Sozialstaat im 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden? Wie können bessere Bedingungen für Mittelstand und Wirtschaft geschaffen werden? Wie können in Deutschland mehr Arbeitsplätze entstehen?

Eines ist relativ schnell klar: Mit dem, was die neue Bundesregierung in ihren ersten Monaten gemacht hat, wird dies sicherlich nicht gelin-

gen. Das gehört alles und ausnahmslos in den Papierkorb.

Liebe Freunde, in unserer Mitgliederwerbekampagne hat uns unser bester Außen-dienstmitarbeiter verlassen: Oskar Lafontaine ist nicht mehr dabei. Aber lassen Sie uns erinnern: Oskar Lafontaine hat uns in der Bundesrepublik Deutschland verdammt viel Zeit mit seiner Blockade-politik gekostet.

Um so unverantwortlicher ist es, daß die neue Bundesregierung nicht etwa etwas in Gang gesetzt hat, sondern alle Reformen zurückgenommen hat, um sie anschließend in irgendeiner Weise wieder einzuführen.

Gerhard Schröder, sich immer als Notanker versuchend, hat dann fast alles zur Chefsache gemacht – das ist kaum noch zu überblicken –: das Bündnis für Arbeit, den Energiekonsens, den Aufbau Ost und die 630-Mark-Jobs. Die neueste Chefsache scheint die Scheinselbständigkeit zu sein. Schröder hat alles zur Chefsache gemacht. Was sagte er auf dem EU-Gipfel, als er nun wirklich Chef war? Da hat er als Chef der Veranstaltung der staunenden Öffentlichkeit erklärt: Für Deutschland sei kein Lottogewinn herausgesprungen. Liebe Freunde, wenn man das hört, wird einem klar, warum alles falsch läuft. Man kann doch nicht regieren, wenn der Tippschein zur Kabinettsvorlage wird. Keine Tippscheine als Kabinettsvorlagen, keine Lottogewinne für Deutschland, sondern anständige Politik in der Europäischen Union und in Deutschland, das ist das, was wir vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland erwarten.

Die Politik einer Bundesregierung ist auch kein Versuchslabor. Man kann nicht jeden Tag einen Versuchsballon starten. Schauen wir einmal das Beispiel der 630-Mark-Jobs an: Wie viele Menschen haben schlaflose Nächte? Wie viele Arbeitnehmer und Arbeitgeber wissen nicht, wie es weitergeht? Wie viele, die jetzt als schein-

selbständig bezeichnet werden, haben sich auf den Weg der Selbständigkeit gemacht und stehen jetzt vor dem Aus und fragen sich, wie sie weitermachen können?

Deshalb sollten Sie erstens aktiv bei unserer Postkartenaktion gegen die jetzige Form der 630-Mark-Arbeitsverhältnisse mitmachen, und machen Sie zweitens deutlich: Die Union wird diese Taten der Bundesregierung brandmarken und darauf bestehen, daß wir bei den Arbeitsplätzen vorankommen und nicht weitere Rückschläge erleben.

Die CDU hat es immer wieder geschafft, über den Tag hinaus zu denken. Wir gemeinsam entwickeln unsere Positionen im Lichte von Technisierung und Globalisierung schrittweise weiter. Die CDU ist eine wertorientierte Partei. Wir machen diese Weiterentwicklung auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes. Wir Christlichen Demokraten wissen, was wir wollen und wohin wir wollen. Das ist es, was uns von den anderen ganz grundlegend unterscheidet.

Diese Unterschiede werden in allen Politikfeldern deutlich. Wir haben heute darüber diskutiert, daß wir die Grundeinstellung der Bundesregierung zum Kosovo-Konflikt unterstützen. Wir als Opposition tun dies, weil wir keine Opposition um der Opposition willen machen. Aber ich stelle auch fest: Ich finde es häufig sehr beschwerlich zu sehen, daß die Regierung nicht allein mit der Bewältigung dieser außerordentlich schwierigen Fragestellung beschäftigt ist, sondern daß sie parallel immer noch mit sich selbst beschäftigt ist. Bei aller beschwo-renen Bündnistreue ist es für uns als CDU immer noch ziemlich schwer zu ertragen, wenn wir sehen, wieviel Kraft diese Bundesregierung für die Bewältigung ihrer eigenen Brüche und Konflikte aufwenden muß.

Wenn man das sieht, dann muß man sich fragen – das ist heute schon ge-

schehen –: Was wäre denn geschehen, wenn sich die Linken gegen die Westintegration durchgesetzt hätten? Was wäre geschehen, wenn sich die Union in den 80er Jahren dem anti-amerikanischen Protest gebeugt hätte? Was wäre geschehen, wenn die Union die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt hätte? Was wäre denn aus unseren Menschen geworden, wenn wir im Jahre 1989 Momper & Co. gefolgt wären und die deutsche Einheit nicht zielstrebig vorangebracht hätten?

Keine Westbindung, kein Wiederaufbau, keine deutsche Einheit sind denkbar ohne das entschlossene Vorgehen der Union.

Wenn man sich alles noch einmal vor Augen führt, dann überrascht es einen manchmal – bitte nehmen Sie mir es nicht übel –, wie schnell die Wandlungen der anderen erfolgen. Wie muß es eigentlich Menschen gehen, die sich so oft in der Geschichte so entscheidend geirrt haben und die heute Politik gestalten sollen?

Damit kein Mißverständnis aufkommt: In einer Demokratie sind die Wege selten kerzengerade. Es ist selten glasklar, ob man einfach ja oder nein sagen soll. Henry Kissinger hat – vielleicht auch aus eigener Erfahrung – einmal davon gesprochen, daß in einer Demokratie getroffene Entscheidungen sehr häufig nur zu 51 Prozent richtig und zu 49 Prozent falsch seien. Genau diese 51 zu 49 Prozent markieren das beständige Ringen um die richtige Lösung, um die bestmögliche Lösung. Sie zeigen auch, daß man sich bei manchen politischen Entscheidungen natürlich auch in einem Dilemma befinden kann und daß es keine einfachen Antworten gibt. Niemand – weder die SPD, die Grünen, die FDP noch wir – tun sich leicht mit solchen schwierigen Entscheidungen.

Aber Diktaturen scheren sich eben nicht um Menschen, nicht um ihre Rechte und nicht um ihr Leben. Das sehen wir in diesen Tagen wieder nur zu gut. Diktaturen fordern Demokratien in einem nicht gekannten Ausmaß heraus. Demokratien haben immer Skrupel. Demokratien dürfen aber gerade deshalb vor der Skrupellosigkeit anderer niemals zusammenbrechen.

Vielleicht hat manch einer gedacht, mit dem Zusammenbruch des kalten Krieges bliebe uns dieses Dilemma in Zukunft erspart. Aber es zeigt sich, daß wir uns dieser Herausforderung auch nach dem Fall der Mauer, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, nach dem Ende des kalten Krieges stellen müssen. Das ganz konkret bestimmt die Herausforderung im Kosovo. Deutsche Politik muß sich in Zeiten dieser veränderten Situation in Europa neu be-



währen. Das geht nicht mit einer Politik, die einfach den Finger in die Luft streckt und den Stimmungen folgt. Nein, die Union steht für eine andere Politik, für eine Politik, die entschlossen ist und die sagt: Bei uns haben Werte Zukunft.

Weil es in wesentlichen politischen Fragen um wertgebundene Entscheidungen geht, ist es, so muß ich Ihnen sagen, für mich schlichtweg nicht mehr nachvollziehbar, wenn Schröder und andere jetzt einerseits so oft von westlicher Staatengemeinschaft, Bündnistreue, Wertegemeinschaft und ähnlichen Begriffen sprechen und andererseits gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zulassen, also mit denen, die genau das, wovon Schröder spricht, gnadenlos bekämpfen. Das geht nicht zusammen, und da müssen wir den Finger in die Wunde legen!

Was muß eigentlich noch passieren, bis die Sozialdemokraten merken, was für ein Spiel die PDS mit ihnen treibt? Was muß eigentlich noch passieren, bis Schröders SPD die Ungeheuerlichkeit des Satzes von Ringstorff erkennt, der in den Koalitionsverhandlungen in Mecklenburg-Vorpommern gesagt hat: Ich – Ringstorff, Mitglied der SPD und des Parteirates – sehe mehr Gemeinsamkeiten mit der PDS als mit der CDU. Was, so frage ich Herrn Schröder, muß noch passieren?

Die PDS plakatiert jetzt in Berlin „Europa schaffen ohne Waffen“. Sie plakatiert „Soldaten sind Mörder“. Für mich ist es nicht erstaunlich, auf welcher Seite Herr Gysi und die PDS im Kosovo-Konflikt stehen. Es ist nicht erstaunlich, daß sie immer wieder die alte Sprache benutzen, vom „imperialistischen Feldzug“ sprechen und Sozialdemokraten als „Kriegsministerpräsidenten“ und „Kriegsminister“ bezeichnen. Das alles ist nicht

erstaunlich. Sie haben auch in der Vergangenheit nicht auf der Seite der Menschenrechte gestanden, nicht 1953 in Berlin, nicht 1956 in Ungarn, nicht 1968 in Prag, nicht 1981 in Warschau und nicht 1989 in der DDR.

Liebe Freunde, sie haben – das haben wir gerade in den neuen Bundesländern immer wieder erfahren, und das ist das eigentlich Schreckliche – aus der Geschichte nichts dazugelernt.

Um so erstaunlicher ist es deshalb, daß sich die Sozialdemokraten dies gefallen lassen. Rudolf Scharping hat bei der Sondersitzung des Bundestages am 15. April eine für viele auch auf der Oppositionsbank beachtliche Rede gehalten. Er hat klare Worte zu Gysis Handschlag mit Milosevic gefunden. Aber eines hat mir in dieser Debatte bei ihm gefehlt: Was ist denn die Konsequenz des Gesagten? Was ist die Konsequenz, die er zieht und die die SPD zieht? Nicht ein einziges Wort dazu! Nicht ein Wort des neuen SPD-Vorsitzenden Schröder dazu, ob es in Erfurt und Potsdam eine Koalition oder Tolerierung mit der PDS geben wird. Liebe Freunde, starke Rhetorik im Bundestag oder in Interviews bleibt total unglaubwürdig, wenn solcher starken Rhetorik nicht auch die entsprechenden Taten folgen, und das fordern wir.

Was soll das also? Wollen die Sozialdemokraten von ihren eigenen inneren Brüchen und Konflikten ablenken? Wollen sie nicht zugeben, daß sie zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd gespalten sind? Oder wollen sie sich einfach die Tür offenhalten, um dann, wenn es aus eigener Kraft mal wieder nicht zum Wahlsieg reicht, bei Gysi anzuklopfen und zu schauen, ob er zur Verfügung steht? Ich frage: Soll in Thüringen und Brandenburg das gleiche passieren wie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern? Die Wählerinnen und Wähler in diesen beiden Ländern haben ein Anrecht darauf, dies vor den Wahlen zu wissen.

Denn, liebe Freunde, Eigeninitiative wird in diesen Ländern systematisch bekämpft, Investoren laufen scharenweise davon, die Arbeitslosigkeit steigt. Wir werden es den Sozialdemokraten nicht durchgehen lassen, daß sie mit der roten Sense durch die blühenden Landschaften ziehen und dann nach Dünger schreien. So geht es nicht! So schafft man den Aufbau Ost nicht!

Dieses Thema steht ja nicht irgendwo im luftleeren Raum und ist morgen wieder vorbei, sondern dieses Thema hat etwas mit den Ursprüngen der deutschen Einheit zu tun. Schauen wir uns doch einmal die Unterschiede in den Meinungsumfragen zwischen Ost und West an, wenn es um den Einsatz der NATO geht. Die Menschen in den neuen Bundesländern urteilen über diesen Einsatz in voller Breite ganz anders, und wir müssen uns fragen, woran das liegt. Mißverstehen Sie mich bitte nicht: Ich bin nicht der Meinung, daß jede Meinungsumfrage in ganz Deutschland flächendeckend überall gleich ausfallen muß. Da gibt es auch Unterschiede im Westen. Aber daß in Deutschland über eine solche Kernfrage der Bewahrung von Demokratie und der Auseinandersetzung mit Diktaturen so unterschiedlich geurteilt wird, das muß uns schon umtreiben.

Vielleicht ist es ja so, daß wir in den neuen Bundesländern weniger Möglichkeiten hatten, die Kraft solcher internationalen Bündnisse zu erleben, die Freiheit und Wohlstand gerettet haben. Vielleicht haben wir auch eine größere Angst vor Diktaturen, davor, wie sie bestehen und überleben können und Demokraten austricksen können. Vielleicht ist es ja auch so, daß viele in den neuen Bundesländern mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sind und sagen: Schafft es Deutschland schon, sich an einer solchen Auseinandersetzung auch gleichberechtigt zu beteiligen? Haben wir nicht genügend Sorgen? Sollen wir uns das auch noch aufladen?

Auch diese Fragen müssen ganz offen diskutiert werden; denn niemand ist ohne Skrupel, wenn es um die Beurteilung solcher Einsätze geht. Aber ich sage auch: Es kann doch nicht sein, daß wir es einfach hinnehmen, daß solche Unterschiede zwischen Ost und West kaum noch zur Sprache kommen. Jetzt frage ich Sie: Wie soll eigentlich in den neuen Bundesländern die Diskussion stattfinden, wenn im Schweriner Landtag der Ministerpräsident Ringstorff und sein Stellvertreter Holter sitzen und der eine sagt, die NATO-Einsätze sind richtig, und der andere sagt, die Amerikaner betreiben eine Kriegspolitik? Und dann sollen die Menschen in diesem Lande darüber urteilen, was richtig und was falsch ist.

Dazu sage ich – und zwar vor allen Dingen den Sozialdemokraten –: Mit Demokratie spielt man nicht. Demokratie ist wertvoll und zerbrechlich. Demokratie muß jeden Tag geschützt werden. Demokratie ist ein Schatz, den es zu verteidigen gilt.

Dies ist ein Auftrag an alle. Dies ist auch ein Auftrag an uns als Opposition, als Union, als einzige geschlossene und entschlossene politische Kraft in Deutschland, die innen- und außenpolitisch Kurs hält. Wir werden diesen Auftrag systematisch und ordentlich erfüllen.

Liebe Freunde, lieber Christoph Böhr, vor diesem Hintergrund erhält unser Wertekongreß am 15. Mai in Cottbus eine ganz neue Bedeutung. Er ist überschrieben mit dem Titel „Freiheit, die wir meinen“. Wir wollen dort für unsere Grundwerte und für die Demokratie werben. Wir wollen gerade zwischen Ost und West eine Verständigung herbeiführen, damit wir über das gleiche sprechen, wenn wir von Freiheit und Verantwortung reden. Wir wollen deutlich machen, daß Freiheit und Verant-

wortung immer zusammengehören. Nur dieses Zusammengehörigkeitsgefühl trägt dafür Sorge, daß wir sagen können, was unsere Gesellschaft zusammenhält.

Auch unsere Berliner Gespräche dienen genau diesem Ziel, das deutlich zu machen und es mit den Menschen in Ost und West zu diskutieren. Denn es ist doch gar keine Frage, daß wir jetzt, am Ende dieses Jahrhunderts, in der ganzen Welt in einer entscheidenden Phase stehen. Die Welt hat sich verändert. Sie hat sich vor allem durch den Zusammenbruch des Kommunismus und durch die technischen Entwicklungen verändert. Das ist das, was wir oft etwas theoretisch als „Wissengesellschaft“ beschreiben. Wir wollen technischen Fortschritt, aber wir wissen genauso – ich erinnere an die Bioethik-Konvention –, daß der Mensch nicht alles tun darf, was er tun könnte. Risiken und Chancen müssen in vernünftiger Balance gehalten werden. Das ist das, was wir als nachhaltigen Fortschritt bezeichnen, der sich genau an unseren Werten orientiert.

Damit kommen wir auch wieder auf das Leitbild von 1992 bei der großen Umweltkonferenz in Rio zurück. Für uns bilden eben der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung eine Einheit. Regionale, wirtschaftliche, ökologische und politische Herausforderungen erfordern zunehmend eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und globale Lösungsstrategien.

Und was macht die neue Bundesregierung? Schauen wir uns den Umweltminister Trittin an. Die haben sich völlig aus der Umweltpolitik verabschiedet. Trittin interessiert sich nur für sich selbst und, wenn's dicke kommt, noch für den Ausstieg aus der Atomenergie, und zwar auch noch im Hauruckverfahren. Aber wir, liebe Freunde, wissen, daß Umwelt-

schutz von der Akzeptanz der Menschen lebt und nicht von Hauruckverfahren und unsinnigen Anträgen, die uns international nur isolieren.

Natürlich ist Energiepolitik das Rückgrat einer modernen Gesellschaft, und wer ansteigen will, muß vor allen Dingen wissen, wo er einsteigen will. Wir müssen uns um den Wirtschaftsstandort Deutschland kümmern, und das schließt genau das Engagement für regenerative Energien ein, aber so, daß daraus schlüssige Antworten werden. Deshalb sage ich noch einmal: Wir sind die Partei, die im Sinne der Idee einer nachhaltigen Entwicklung, die ganz im Sinne des Dreiklangs von Rio für die soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung gemeinsame berechenbare Ziele für die Zukunft setzt und die bei den Menschen für diese Ziele wirbt. Das wird die CDU auch bleiben, wenn sich die Grünen um Umweltschutz nicht mehr kümmern.

Liebe Freunde! Natürlich – Jürgen Rüttgers hat es gesagt – werden wir über Familie sprechen müssen. Wir werden diskutieren müssen, und die Antworten werden konkret sein; denn die Welt hat sich weiterentwickelt.

Unser Ziel müssen tatsächliche Verbesserungen sein. Die rot-grüne Regierung hat 30 Mark mehr Kindergeld eingeführt. Dafür hat sie nette Schlagzeilen bekommen. Aber, meine Damen und Herren, die 30 Mark sind schon beim Waschen der Schmutzwäsche und bei der Verteuerung der Schülermonatskarte dreimal wieder ausgegeben worden.

Im übrigen sind diese 30 Mark Erhöhung des Kindergeldes bei den Alleinerziehenden sowieso gleich mit der Sozialhilfe verrechnet worden. Besonders gut sind sie bei Schröder und Lafontaine wirksam geworden, obwohl die immer genau das Gegenteil fordern.

Symbole lösen mit Sicherheit keine Probleme. Wir wollen echten Fortschritt. Deshalb sagen wir: Wir brauchen keine jobgerechten Familien, sondern wir brauchen familiengerechte Jobs. Darüber, wie das dann aussieht, wird es auch in unseren Reihen noch scharfe Debatten geben.

Wenn wir auf einem kleinen Parteitag im Herbst ein wirklich schlüssiges Konzept zum Thema „Familie 2000“ verabschieden wollen, dann wird das eine erste Bewährungsprobe für das, was wir in unserer Partei relativ schablonenhaft „Diskussionskultur“ und „freimütige Diskussion“ nennen. Wir müssen nämlich fähig sein, in den verschiedenen Gliederungen um eine gemeinsame Antwort zu ringen und nicht einige von vornherein verurteilen, die Hälfte ausschließen, den einen oder den anderen bezichtigen, sondern wir müssen sagen: Was heißt Vereinbarkeit von Familie und Beruf konkret? Was haben steuerliche Fragen mit wirklichen Entlastungen zu tun? Was meinen wir im Sinne unserer Werte, wenn wir von Familie sprechen?

Ähnlich wird es in der Bildungspolitik gehen. Ich muß immer so lachen, wenn Annette Schavan als Kultusministerin, wenn sie die Landesgrenzen Baden-Württembergs überschreitet, die Frage stellt: Darf ich hier in bildungspolitischen Fragen ins Detail gehen, oder soll ich es mehr bei allgemeinen Aussagen zu Leistungen usw. belassen? Die Bildungslandschaft ist, wie wir manchmal stolz sagen, sehr verschieden, und manch einer ist auch sehr indigniert, wenn seine Vorstellungen von einem landesfremden Kulturminister vielleicht anders und auch aus der CDU-Position dargestellt werden.

Lieber Roland Koch, ich bin sehr dankbar dafür, daß Sie jetzt wahr-machen, was Sie im Wahlkampf gesagt haben: Sie stellen neue Lehrer ein. Ich sage einmal etwas scherzhaft: Wenn Sie am Ende der Legislaturperiode sagen können, auch das

12jährige Abitur ist in Hessen zum Greifen nahe, dann werden die Leute sagen: Die meinen es ernst mit ihren Erfurter Leitsätzen.

Ich habe bis heute nicht verstanden, warum man in der alten Bundesrepublik so häufig die Kopfnoten für Ordnung, Fleiß und Betragen abgeschafft hat. Meinetwegen können sie sofort wieder eingeführt werden.

Ich kann überhaupt nicht verstehen – darüber habe ich mich allerdings häufig mit Volker Rühle gestritten –, warum man in den Klassen eins und zwei und dann drei und vier keine Noten geben soll. Ich bin der Meinung, die Kinder halten das aus und können sich darauf einstellen.

Ich glaube, wir müssen aufpassen, daß wir die Bildungsdebatten nicht irgendwie auf einige symbolische Handlungen zwischen Studiengebühr und 12 Jahre Abitur festklopfen und zwischendurch die Herzen und Köpfe der Eltern, Lehrer und Kinder nicht mehr erreichen, die sich jeden Tag im Bermuda-Dreieck von öffentlichem Dienst, Schulaufgabenkontrolle und ausgefallenen Unterrichtsstunden in Deutschland herum-schlagen und nicht mehr wissen, wovon die Parteien eigentlich sprechen.

Die eigentliche Bewährungsprobe für uns kommt im Jahre 2001. Wir müssen uns darüber klarwerden, wie der Sozialstaat im 21. Jahrhundert aussehen soll. Hier geht es um nicht mehr und nicht weniger als darum, wer im politischen Wettstreit die Menschen am ehesten davon überzeugen kann, daß sein Programm ihnen auch in Zukunft soziale Sicherheit und Gerechtigkeit gibt.

Das ist die Herausforderung im Zuge der Globalisierung. Wir sind die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir haben es geschafft, über Jahrzehnte den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit weitestgehend zu versöhnen, und wir fragen jetzt in den Erfurter Leitsätzen zum Beispiel, ob es prak-



tikablere Alternativen zu der zur Zeit engen Kopplung der sozialen Sicherungssysteme an die Beschäftigungsverhältnisse gibt.

Wir brauchen langfristige Perspektiven, bei denen die jungen Menschen, die heute Abitur machen, auf die Frage, ob sie glauben, daß sie mit unserem Rentensystem eine Rente bekommen, ehrlichen Herzens mit Ja antworten können.

Natürlich macht die neue Bundesregierung nur Fehler. Riester hat Reformen zurückgenommen, die er wieder einführen müßte, und – Wolfgang Schäuble hat es heute schon gesagt – er macht Rentenpolitik nach Kassenlage. Aber, liebe Freunde, auch wir müssen auf dem einmal eingeschlagenen Weg weiterarbeiten. Das ist unsere Aufgabe im Zusammenhang mit „Sozialstaat im 21. Jahrhundert“.

Liebe Freunde, wenn wir es so angehen, dann werden wir für die Menschen interessant werden, dann werden sie es uns abnehmen und sagen: Jawohl, die stehen mitten im Leben. Daß viele Menschen mit großen Erwartungen zu uns kommen, haben wir doch schon daran gesehen, daß wir seit dem 27. September 1998 20 000 neue Mitglieder in unserer Partei haben.

Aber wir schreiben in den Erfurter Leitsätzen so schön: Neue Mitglieder sind für uns Chance und Herausforderung zugleich. Lassen Sie uns einmal überprüfen, wieviel von den 20 000 in drei Jahren noch bei uns sind. Wir müssen jeden zu halten versuchen und versuchen, jeden dahingehend zufriedenzustellen, daß er sagt: Ich kann mitdiskutieren in dieser Partei, und ich kann auch etwas tun, wenn ich nicht nur im Ortsverband arbeiten will, sondern auch auf Landes- und Bundesebene. Darüber, wie wir das schaffen, müssen wir streiten.

Das wird die Grundlage für einen Erfolg bei der Europawahl sein, denn unser Ziel am 13. Juni ist klar: Wir wollen wieder stärkste politische Kraft in Deutschland werden. Aber wir wollen noch mehr: Wir wollen unsere Positionen in den Kommunen ausbauen. Wir wollen die Länder zurückgewinnen.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf die politische Landkarte: Wo der Osten rot ist, wird Jörg Schönbohm für farbliche Vielfalt sorgen. Wo der Osten schwarz ist, werden Eberhard Diepgen, Bernhard Vogel und Kurt Biedenkopf dafür sorgen, daß das auch so bleibt. Wo die Mitte rot ist, hat Roland Koch in Hessen das geändert. Das war gut so. Wo die Küste rot ist, werden Hartmut Perschau und Volker Rühle das ändern. Wo der Westen rot ist, werden und müssen Peter Müller und Jürgen Rüttgers das ändern.

SPENDENAKTION



Der Aufruf zur Spendenaktion zeigte sofort Wirkung: Die Delegierten unterstützten die Hilfsprojekte für die aus dem Kosovo vertriebenen Menschen mit viel Geld. Bis zum Ende des Parteitags am Dienstag sind, wie zu erfahren war, ungefähr 44.000 Mark zusammengesammelt.

Liebe Freunde! In den nächsten 12 Monaten werden wir die Landkarte schwarz färben, und ich verspreche Ihnen: Die Sozialdemokraten werden rot sehen.

Liebe Freunde, die anderen haben im letzten Jahr vielleicht die spannenderen Anzeigen gemacht. Sie haben natürlich die abgefahrenere Show geboten. Sie haben dabei vielleicht auch noch besser ausgesehen, aber wir, liebe Freunde, wir kümmern uns einfach um gute Politik. Wir begreifen unsere Oppositionsarbeit als Vorbereitung auf die erneute Übernahme der Regierungsverantwortung; denn es ist die Pflicht einer Opposition, auf den Regierungswechsel vorbereitet zu sein. Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen.

Liebe Freunde! Der größte Wahlbetrag der Sozialdemokraten war ihr Wahlkampfslogan „Wir sind bereit“. Sie waren vielleicht zu allem möglichen bereit, nur nicht zum Regieren.

16 Jahre haben sie auf der Oppositionsbank verplempert. Das ist der Grund für das Chaos und die inneren Zerreißproben in den Regierungsparteien. Das ist der Grund, warum so vieles in Deutschland in diesen Monaten falsch läuft.

Ich sage Ihnen: Wir wollen es besser machen. Wir können es besser machen. Wir werden es besser machen. Wir sind heute die bessere Opposition, und wir werden morgen die bessere Regierung sein.

Liebe Freunde, Erneuerung schafft Mehrheiten. Deshalb soll von diesem Parteitag das Signal ausgehen: Die CDU ist auf dem Weg – nicht mehr und nicht weniger – zurück in die Verantwortung, nicht irgendwann, sondern beim nächstenmal. Damit ist das Ziel klar beschrieben. Es heißt: Wahlerfolg 2002. – Herzlichen Dank.

*(Langanhaltender lebhafter Beifall -
Die Delegierten erheben sich
von ihren Plätzen)*

Wettbewerb „*mitten* IM LEBEN“

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“ Unter diesem Motto hat Generalsekretärin Angela Merkel zu Beginn des Jahres den Wettbewerb „mitten IM LEBEN“ gestartet. Ziel des CDU-internen Wettbewerbs: eine Ideenbörse über die vielfältigen Aktionen der Gliederungen und Vereinigungen der CDU auf Orts- und Kreisebene.

Der Wettbewerb gliedert sich in drei Bewertungskategorien: In der ersten Kategorie „Einmalig stattfindende Projekte“ sind 51 Einsendungen eingegangen. Für die Kategorie „Langfristig angelegte innerparteiliche Projekte“ lagen der Jury 65 Vorschläge vor. Für die dritte Kategorie „Langfristig angelegte Projekte unter Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen“ wurden 75 Aktionen eingereicht.

Die Preisträger:

Kategorie 1:

Einmalig stattfindende Projekte

1. Preis: Stadtcafé Landau

Für sein ausgefeiltes Wahlkampfkonzept zur Kommunalwahl am 13. Juni wurden der CDU-Kreisverband und die CDU-Stadtratsfraktion Landau (Pfalz) mit ihrem Projekt „Stadtcafé 13.6“ ausgezeichnet: „Mitten im Leben, mitten in Landau“ mietete die CDU in bester Innenstadtlage ein Ladenlokal. Das Ziel: Kontakt zu möglichst vielen Landauer Bürgern aufbauen. Im „Stadtcafé“ werden neben den Annehmlichkeiten eines Cafés auch detaillierte Informationen zu den kommunalpolitischen Zielen der CDU angeboten. Jede Woche wird ein Schwerpunktthema aus dem Landauer

Programm vorgestellt und mit Kandidaten der Stadtratsliste erörtert. Außerdem können die Gäste des Stadtcafés im Internet surfen, während sich die Kinder in einer Krabbelecke vergnügen. Wer nach dem Einkauf einfach einmal eine Pause machen möchte, kann sich bei der Lektüre der aktuellen Tages- und Wochenpresse entspannen.

2. Preis: Lehrstellenbörse

Der CDU-Gemeindeverband Garrel hat sich schon immer dort besonders eingesetzt, wo die Bürger der Schuh drückt. Als Ende März 1997 immer noch 81 Ausbildungsplätze gegenüber 32 offenen Lehrstellen fehlten, entschloß sich CDU, alle Ausbildungsbetriebe anzuschreiben und persönlich aufzusuchen. Aufgrund dieser Aktion konnten sich Jugendliche in 35 Betrieben vorstellen. Nach eingehenden Einzelgesprächen drückte die CDU die Zahl der Jugendlichen ohne Lehrstelle auf unter zehn. Dabei handelte es sich vor allem um junge Leute, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache hatten.

3. Preis: Zirkusveranstaltung für Kinder

Der Bundestagsabgeordnete Norbert Hauser (Kreisverband Bonn) organisiert zusammen mit dem Verein für Psychomotorik e.V., der Frauen-Union Bad Godesberg und dem Proseminar des Aloisiuskollegs eine Zirkusveranstaltung für Kinder zwischen 4 und 14 Jahren. Ziel des Projektes ist es, die jungen „Artisten“ in ihrer kreativen Entwicklung zu fördern, indem sie eine Zirkusnummer einstudieren. Besonderer Anreiz: Die Kinder können ihre Darbietungen vor

Publikum in einem richtigen Zirkuszelt präsentieren - an jedem der zehn Zirkustage in bis zu drei Aufführungen. Eingeladen haben die Initiatoren alle Bonner Schulen, Kindergärten, Jugendträger und Vereine. Alle Veranstaltungen sind ausgebucht. Nach Schätzungen nehmen zwischen 400 und 500 Kinder an dem Projekt teil.

Kategorie 2: Langfristig angelegte innerparteiliche Projekte

1. Preis: „Rente“ und „Soziales“

Der CDU-Kreisverband Düren-Jülich wurde von der Jury für sein vorbildliches soziales Engagement ausgezeichnet: Zum einen findet in den Kreisgeschäftsstellen in Düren und in Jülich eine Rundumberatung zu den Themen „Rente“ und „Soziales“ statt.

Diese Beratung wird grundsätzlich von Fachleuten durchgeführt, die in der Regel als CDU-Mitglieder ehrenamtlich tätig sind. Im Mittelpunkt steht immer die persönliche Beratung des Petenten. Besondere Service-Leistungen ergänzen das Angebot: Die CDU erledigt den gesamten Schriftverkehr und begleitet die Ratsuchenden bei Behördengängen.

Außerdem werden in den CDU-Kreisgeschäftsstellen regelmäßig zwischen zehn und fünfzehn Kinder im Alter zwischen 6 und 16 Jahren betreut. Die CDU hilft - wieder in Zusammenarbeit mit ehrenamtlich Tätigen - bei Schularbeiten, gibt Nachhilfe und begleitet die Eltern zu Sprechtagen in die Schule. Ein besonderes Anliegen ist den Helfern, Kinder aus Angola, Sri Lanka, aus dem Kongo, aus der Türkei und aus Bosnien bei ihrer sozialen Eingliederung zu unterstützen. Bei der Suche nach Praktikumsplätzen

Gemeinsam
Landaus Zukunft schaffen.

Informieren Sie sich über unsere
Ereignisse und das Landauer
Programm in unserem

Stadl
Café
13.6
In der Fußgängerzone
Cornelia (gegenüber CDU)

Thema
der Woche
8.3.-13.3.99
Wohnen und Leben
in Landau

CDU
Eine Initiative der CDU Landau
zur Stadtratswahl am 13. Juni 1999



Großes Interesse für die Ausstellung



und Lehrstellen steht die CDU den Jugendlichen ebenfalls zur Seite.

2. Preis: Förderpreis für Studenten

Die Jury nominierte den CDU-Ortsverband Bonn-Innenstadt für seinen städtebaulichen Förderpreis für Studenten „Impulse Bonn-Innenstadt“. Mit diesem Wettbewerb will die CDU seit 1996 im stadtplanerischen Bereich Engagement und Initiative für die Bundesstadt wecken.

An exemplarischen Aufgaben im Bereich der Innenstadt sollen Studierende die Gelegenheit erhalten, sich mit kommunalen Weichenstellungen angesichts des Funktions- und Bedeutungswandels der Stadt Bonn auseinanderzusetzen. Gleichzeitig beabsichtigt die CDU, die Studenten für Kommunalpolitik zu interessieren.

Um den mit DM 2000,- dotierten Preis können sich Studenten der Fächer Architektur, Städtebau, Raumplanung und Stadtgeographie als Einzelpersonen, als Arbeitsgruppe oder im Rahmen einer Lehrveranstaltung bewerben.

3. Preis: „Ferienolympiade“ für Kinder

Der CDU-Gemeindeverband Lahnau (Lahn-Dill-Kreis, Hessen) erhielt den 3. Preis für die seit 1995 jährlich durchgeführte „Ferienolympiade“ für Kinder von fünf bis vierzehn Jahren. Daß die Resonanz auf die Aktion der Lahnauer CDU äußerst positiv ist, zeigt die wachsende Teilnehmerzahl der jungen „Olympioniken“: Bei der letzten Ferienolympiade im Sommer 1998 waren 190 Kinder am Start. Besondere Höhepunkte sind alljährlich das Hissen der Olympiafahne und das Anzünden des Olympischen Feuers.

CDU-Bundeslegatskandidatin Sibylle Pfeiffer und CDU-Kreisvorsitzender H.-J. Inmer als Werlungsführer

Ferienolympiade der Lahnauer CDU für 190 Kinder

Die nächstfolgenden Teilnehmer konnten sich ebenfalls in die Siegerliste eintragen:

1. Platz: ...	2. Platz: ...
3. Platz: ...	4. Platz: ...
5. Platz: ...	6. Platz: ...
7. Platz: ...	8. Platz: ...
9. Platz: ...	10. Platz: ...

Kategorie 3:

Langfristig angelegte Projekte unter Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen

1. Preis: „Neues Gestalten – Umwelt erhalten“

Der CDU-Ortsverband Geschwenda (Ilm-Kreis, Thüringen) wurde mit dem ersten Platz für sein herausragendes Engagement im Umweltschutz belohnt. Im Zusammenhang mit dem Bau der „Wald-Autobahn“ A 71 suchte die CDU Geschwenda nach geeigneten Ausgleichsmaßnahmen für die Natur. Es gelang 1994, einen Sponsoringvertrag mit der Wittgensteiner Kliniken Allianz GmbH in Bad Berleburg in Höhe von DM 60.000,- abzuschließen. Mit diesem Geld sollen unter dem Motto „Neues Gestalten - Umwelt erhalten“ ca. 30 ha neu aufgeforstet werden. Konkret bedeutet dies: Für jeden gefälltten Baum werden fünf neue angepflanzt. Gleichzeitig bindet das Projekt die Klinikpatienten in die Aktion ein: Jeder Kurpatient erhält eine Baumpatenschaft. Bei jährlich ca. 30.000 Patienten werden alle 12 Monate 30.000 neue Bäume gepflanzt.

2. Preis: „Augen auf für nebenan“

Den CDU-Stadtbezirk Mainz-Lerchenberg zeichnete die Jury für seine Aktion „Augen auf für nebenan“ aus. Weil sich immer mehr Bürger über die hohe Zahl von Haus- und Wohnungseinbrüchen beunruhigt zeigten, ergriff die Lerchenberger CDU die Initiative. Die CDU verteilte Flugblätter im gesamten Stadtgebiet. Darüber hinaus entwickelte sie zusammen mit Versicherungen, Gemeinden und Polizei einen Aufkleber, der möglichst auffällig an den Haustüren angebracht werden sollte, um Einbrechern zu



Insbesondere junge Menschen ...

**JOBZUKUNFT
MULTIMEDIA**

@

MULTIMEDIATAG BORKEN
www.job-zukunft.de

Dennehof · 22.11.98
von 11.00 bis 17.00 Uhr

signalisieren: Hier wohnen aufmerksame Nachbarn, die Einbrüche sofort melden. Das Ergebnis der Aktion kann sich sehen lassen: Im letzten Jahr gingen die Wohnungseinbrüche stark zurück.

3. Preis: Frauen gegen Angst

Einen dritten Platz erreichte das von der Frauen-Union Magdeburg eingereichte Projekt „Gegen Angst in belastenden Lebenslagen“ (GAIL). Zu diesem Zweck gründete die Frauen-Union einen Verein. Er soll helfen, Konfliktsituationen zu vermeiden oder wenigstens zu entschärfen. Zusammen mit der Polizeidirektion Magdeburg wurde dazu ein flächendeckendes Netz von geschulten Krisenmanagern installiert. Die Mitarbeiter des Projekts werden immer dann gerufen, wenn die Polizei nicht weiterhelfen kann und zusätzliche Beratung gefragt ist.

Die Mitarbeiter stehen nicht in Konkurrenz zu den staatlichen Sozialdiensten. Sie verstehen sich als Vermittler zwischen Polizei, Bevölkerung und den Sozialdiensten. Für die Aufgabe stehen dem Projekt derzeit 27 über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigte Pädagogen rund um die Uhr zur Verfügung. Sie sind seit April 1998 begehrte Ansprechpartner für Bürger und Polizeibeamte.

Sonder-Ausstellung zum Wettbewerb „mitten IM LEBEN“

**Auch auf den folgenden fünf
Partei-Projekt-Feldern beweist
die CDU, daß sie für die
Menschen vor Ort da ist:**

- Wie kann die CDU Jugendlichen helfen, einen **Ausbildungsplatz** zu finden? Auf diese Frage fanden die CDU-Gliede-



... vertieften sich in die Details.

Sie können LEBEN retten!

Neue Hoffnung für Leukämie-Kranke



STEFANI ZMDRSC
STIFTUNG

Unter der Schirmherrschaft von

Prof. Dr. Klaus Töpfer - Landesvorsitzender der CDU Saar

Dr. Wolfgang Russy - Ehren-Rot-Kreuz-Arzt

findet eine Blutentnahme am

**Sonntag, 20.01.95, von 14.00 bis 18.00 Uhr,
in der "Jugendfreizeitstätte" in Neuweiler**
für alle Spendenwilligen statt.

Suche Knochenmarkspender!

**Bitte helfen Sie mir,
mein Leben zu erhalten!**

Mein Name ist Marion Lutz.
Ich bin 33 Jahre jung und stamme
aus Bexbach.

1991 erkrankte ich an Leukämie.
Ich kann nur durch eine Knochenmark-
Transplantation weiterleben.

Nähere Informationen unter:

Telefon 0 67 82 / 78 29



Eine Initiative des

rungen viele Antworten: Einige setzen dabei auf das persönliche Gespräch mit den Ausbildungsbetrieben, andere nutzen das Internet, um Lehrstellen vorzustellen.

● Die meisten Beiträge, die eingingen, sind **kommunalpolitische Aktivitäten**. CDU-Mitglieder engagieren sich im Umweltschutz oder organisieren Veranstaltungen, wo Künstler und Bürger Gedanken austauschen können. Außerdem würdigt die CDU das ehrenamtliche Engagement mit Bürgerpreisen. Besonders Anliegen bei vielen: die Ausländerintegration. In Workshops, Sportveranstaltungen und Arbeitskreisen wird versucht, den Dialog zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung anzustoßen.

● Daß auch das **soziale Engagement** in der CDU eine wichtige Rolle spielt,

SPORT FORUM '98

Samstag, den 20. Juni 1998 Hohentwielstadion, Singen

Moderator:

Gerhard Meier-Röhn,
SDR

Programm:

10.00 Uhr
Begrüßung und Eröffnung durch
Oswald Ammon, M. A., Landes-/Kreisfach-
ausschuß für Sport der CDU

Diskussion:

Thema: Sport ist Leben

Hans-Peter Reppik,
MdB, Stv. Vorsitzender der CDU-CSU
Bundestagsfraktion

Veronika Netzhammer,
Landtagsabgeordnete

Wilfried Hurst,
Vorsitzender des Behinderten-Sportbundes
Baden-Württemberg

Prof. Dr. Hans Kuno Kley,
Vors. d. Verschrentenparalympie Singen

Eberhard Wolf,
DJK Singen

Fallschirmabsp rung:

Eberhard Meier-Röhn

Moderator im Stadion:

Oswald Ammon, M. A.

Info-Stände und Fanartikelstände:

11.11. Kreisstützpunkt
Deutscher Fußballverband 1998
Wahlstationen SPD/Franziska/Hilfsmittel

Versteigerung von unterschriebenen Trikots
und Fußballen verschiedener Bundesligisten
und der Deutschen Fußballnationalmannschaft
und der Deutschen Fußballnationalmannschaft und
Deutschen Fußballnationalmannschaft und
Deutscher Fußballnationalmannschaft
BSPG/BSV/Berlin Sports

Organisation:

Oswald Ammon, M. A. und Anton Auer

zeigen die Wettbewerbs-Beiträge zur Behindertenarbeit, zu humanitären Hilfsaktionen und die Spendenaufrufe für Leukämiekranken.

● Das Thema **Innere Sicherheit** diskutierten die CDU-Gliederungen in ganz unterschiedlichen Veranstaltungsformen: Das Spektrum reicht von Meinungsumfragen über eine Aktion gegen Wohnungseinbrüche bis zum Bereich Sicherheit für Frauen.

● „Mitten im Leben“ heißt nicht zuletzt Teilhabe an der **Freizeitgestaltung**. So werden beispielsweise abwechslungsreiche Programme für Kinder organisiert, die in den Ferien zu Hause bleiben müssen, oder Feste veranstaltet, deren Erlös für einen guten Zweck gespendet wird. ■



Die jüngste Delegierte kam aus Schleswig-Holstein. Sie hatte nach der Vorstellung und Würdigung der Hauptpreis-Träger durch die Generalsekretärin die Aufgabe, aus der großen Zahl der Einsendungen zum Wettbewerb „mitten im Leben“ den Gewinner eines Sonderpreises zu ziehen. Er ging an ein Projekt der Jungen Arbeitnehmerschaft der CDA. Der Gewinn: 5.000 Mark für eine Veranstaltung mit dem Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble, die die CDU-Bundesgeschäftsstelle ausrichten wird.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

wo WERTE ZUKUNFT HABEN.

Aus dem Inhalt:

● **Wolfgang Schäuble:** Bei der Europawahl wollen wir bundesweit die stärkste politische Kraft werden. Seite 2-17

● **Initiativantrag „Frieden für den Kosovo“.** Seite 18-19

● **Rupert Neudeck:** Wir müssen den Kosovo-Albanern die Hoffnung geben, daß sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Seite 20

● **Generalsekretärin Angela Merkel:** Das Signal aus Erfurt: Wir sind auf dem Weg zurück in die Verantwortung. Seite 22-32

● **Wettbewerb „mitten IM LEBEN“:** Die Preisträger und die Ermittlung eines Sonderpreises. Seite 33-39

● **Erfurter Leitsätze: Aufbruch '99.** Beschluß des Parteitag. Grüner Teil

● **Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle.** UID EXTRA

UiD

13/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89, **Verlagsleitung:** fittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** WVA Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

MF 2211